

Elberfelder Volksblatt.

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elberfelder Volksblatt“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Dienstag, den 21. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vor der Bündlerparade.

Mit der konservativen Partei und dem Bunde der Landwirte geht es bergab, ihr Einfluss im Volk ist im Schwinden, und die Empörung der großen Massen gegen die ostelbische Herrenpolitik steigt. Die nächsten Reichstagswahlen werden den Sankturm und ihren nächsten Bundesgenossen sicherlich eine schwere Niederlage bringen. Daraus kann auch die rührigste Agitation der Agrarier nichts mehr ändern, und auch die große Bündlerparade, die am gestrigen Montag im Berliner Sportpalast statt wie bisher im Circus Busch stattfand, wird mit allem üblichen Tamtam und Hurra niemand, am allerwenigsten die agrarischen Führer selbst über diesen Stand der Dinge hinwegtäuschen.

Trotzdem muß schon heute gesagt werden, daß der Kampf gegen das Junkertum und die agrarische Hochschulpolitik mit diesen Wahlen — möchten sie auch so glänzend wie immer für die Volksache aussfallen — noch nicht entschieden sein wird. Wir leben ja leider nicht in einer Demokratie, in der der Kurs der Regierungspolitik durch das Votum bestimmt wird, das die Volksmehrheit gibt. Eine veraltete Wahlkreiseinteilung, die wider Recht und Gesetz aufrechterhalten wird, benachteiligt die städtischen Interessen. Und wenn die Konservativen dennoch bei den nächsten Wahlen aus einer Reihe von Wahlkreisen hinausgeworfen werden, so bleiben Zentrum, Polen und Nationalliberale als Verteidiger der hochschulpolnischen Politik zurück, die ernstlich nur von der Sozialdemokratie und halb und halb noch vom Fortschritt bekämpft wird.

Die Nationalliberalen, die jetzt in ihrem Konkurrenzkampf mit den Konservativen immer mehr auf die einflussreichen Schichten der Landbevölkerung spekulieren, werden niemals die Initiative zur wirtschaftspolitischen Umkehr ergreifen, sie würden eine solche Politik höchstens dann unterstützen, wenn die Anregung dazu von der Regierung ausgeinge. Auf einen Gesinnungswandel in den „höheren“ Regionen kann aber schon gar nicht gerechnet werden. Man muß beachten, wie jetzt im Deutschen Landwirtschaftsrat Kaiser und Kanzler antreten, um zu zeigen, daß sie sich im Kreise der Großgrundbesitzer völlkommen unter Verlustgenossen fühlen und sich ihrer Solidaritätspflichten bewußt sind. Die Landwirtschaft mit den ihr anhängenden Nebengewerben, wie z. B. der Schnapsbrennerei, gilt nun einmal als das vornehmste aller Geschäfte; es wird von den einflussreichsten Personen betrieben und erfreut sich insgesamt eines besonderen Schutzes. Es gibt verschiedene Arten, viel Geld zu verdienen, und fast alle gelten, sofern sie Erfolg haben, für staatsverhältnis und patriotisch, aber am staatsverhältnis und patriotisch ist es unter allen Umständen, als Großgrundbesitzer an die Stadtbewohner Lebensmittel zu verkaufen, die durch Zölle künstlich verteuert sind.

Nun ist die Sozialdemokratie weit davon entfernt zu übersehen, daß hier ein ernstes volkswirtschaftliches Problem vorliegt. Die Sozialdemokratie, die dafür kämpft, daß alle Arbeit ihren Lohn finden, daß jeder arbeitende Mensch ein menschenwürdiges Auskommen haben soll, wäre die legitime, zu wünschen, daß die Leute, die auf dem Land draußen Brot, Fleisch und Milch schaffen, in Höhlen hausen und von Kartoffeln leben sollen. Aber ist der agrarische Hochschulpoln ein Mittel, die soziale Not auf dem Lande zu beseitigen? Trotz der durch hohe Zölle gesteigerten Lebensmittelpreise hören wir von wachsender Verschuldung, wachsender Unterernährung auf dem platten Land, und die Entwicklung der ostelbischen Laienfundien nimmt in erschreckendem Maße zu. Unbestritten und unbestreitbar ist nur zweierlei: erstens, daß die Lebensmittelpreise steigen, und zweitens, daß die Großgrundbesitzer Rienzensummen in die Tasche stecken. Alles andre bleibt strittig und problematisch.

Von verschiedenen Autoritäten wird jetzt die Behauptung in den Vordergrund gestellt, daß Deutschland seinen Fleischkonsum durch eigene Produktion decken könne. In diesem Zuge wird auch die Urbarmachung von Mooren und Siedlereien in Aussicht genommen, wie sie von der Sozialdemokratie — wir erinnern nur an zahlreiche Reden Bebels — seit vielen Jahren gefordert worden ist. Manchen Leuten scheint aber die Ankündigung neuer Moorländer und der sich daraus ergebenden Vermehrung der Fleischproduktion nur ein Mittel zum Zweck zu sein, um dem sogenannten „Fleischnotrummel“ zu begegnen und die Bevölkerung mit der agrarischen Steuerpolitik auszuschöpfen.

Selten ist ein frivoleres Wort geprägt worden als dieses Wort vom Fleischnotrummel. Dieses Wort kennzeichnet die Geistesverfassung von Leuten, denen der Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten weiter nichts ist

als ein gutes Geschäft, und die vom Glanze der Taler geblendet den Blick für Volksinteressen verloren haben. Es gehört auch die ganze Einsichtlosigkeit von Interessenten oder beschränkten Fachspezialitäten dazu, zu behaupten, daß sich die Preise in mäßigen Grenzen halten, und daß die heimische Produktion heute schon den gesamten Bedarf zu mäßigen Preisen decken könnte. Die Förderung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion, die Entwicklung aller produktiven Kräfte des flachen Landes entspricht durchaus den Wünschen der Sozialdemokratie, nur darf dieses Programm nicht missbraucht werden zur Aushebung der breiten Massen und zur Bereicherung der Großgrundbesitzer. Dies geschieht aber durch die Wirtschaftspolitik, die heute im Deutschen Reich getrieben wird, und darum ist diese Wirtschaftspolitik auf das entschiedenste zu bekämpfen.

Sollen jene beiden Folgen der agrarischen Hochschulpolitik paralytiert werden, so ergeben sich — gerade aus dem Programm des sogenannten „Schuhes der nationalen Arbeit“ — mit Notwendigkeit zwei Forderungen: die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Entschädigung der Arbeiter für die künstliche Kostensteigerung ihrer Lebenshaltung durch weitgehenden Arbeiterschutz, soziale Fürsorge und volle Rationalisierungsfreiheit. Die Insammlung einer Politik, die den Arbeitern das Leben verteuert und dabei ihre Lohnbewegungen bekämpft, ist noch lange nicht scharf genug gebrandmarkt worden!

Die Sozialdemokratie wird also die agrarische Hochschulpolitik mit allen Kräften bekämpfen. Sollte sie aber einstweilen noch nicht imstande sein, ihrer Herrschaft ein Ende zu bereiten, dann wird sie den patriotisch besorgten Schülern der nationalen Arbeit im Namen des Proletariats eine Gegenrechnung überreichen, vor der ihnen die Augen übergehen sollen!

Politische Rundschau

Deutschland.

Zum Termin der Reichstagswahlen.

Immer bestimmter tritt das Gerücht auf, die Reichstagswahlen würden erst im Januar nächsten Jahres stattfinden. In diesem Falle würde der Reichstag zu einer Herbstsitzung zusammentreten, und eine Berliner Korrespondenz weiß bereits die der Herbstsitzung vorbehalteten Aufgaben aufzuzählen:

Es sollte verfügt werden, die Strafprozeßreform und die kleineren Gesetze bis zur Sommerpause zu verabschieden, die endgültige Verabschiedung des Schiffsaftabgabengesetzes, der Reichsversicherungsordnung, der Privatbeamtenversicherung und der elzak-lothringischen Verfassungsgesetze in der Herbstsitzung vorzunehmen. Das Arbeitskammergesetz gelte als gescheitert. Der neue Eid 1912/13 werde erst dem neu gewählten Reichstage vorgelegt werden.

Konservative Terroristen.

Die Konservativen pflegen den Mund am weitesten aufzureißen, wenn über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus gezeitert wird. Dabei ist bekannt, daß neben dem Zentrum keine Partei schlimmeren Terrorismus gegen politische Andersdenkende ausübt, als gerade die Konservativen und der mit ihnen verbündete BUND der Landwirte. Die Landratsprozesse der letzten Zeit haben das klarlich bewiesen. Besonders schwer hat augenblicklich der nationalliberale Rittergutsäcker Schmidholz unter diesem Terrorismus zu leiden. Kein Wunder: hat er sich doch erkühnt, sich als Reichstagskandidaten gegen den „ungekrönten König von Preußen“, den Herrn v. Heydebrand, aufzustellen zu lassen. Wie man mit ihm umspringt, schilderte er längst in einer Versammlung in Trebnitz in folgender Weise:

„Wirtschaftlich und gesellschaftlich versucht man ihn zu boykottieren und zu schädigen. Sogar seine Verpächter habe man gegen ihn aufgehetzt. Wenn er alle die ihm schwer beleidigenden Briefe, die er erhalten und aufbewahrt habe, der Versammlung vorlegen wollte, würde man überrascht sein über die Geschäftigkeit und Gemeingefährlichkeit der konservativen Herren.“

Um ihm die Agitation zu erschweren, verlangen die Agrarier ein generelles Versammlungsverbot — wegen der Maul- und Klauenseuche!

Kuli als Landarbeiter.

Der Gedanke, chinesische Kulis als Landarbeiter nach Deutschland einzuführen, ist von den Agrarier bereits mehrfach erwogen worden. In ganz offizieller Weise ist diese Absicht aber erst anlässlich der letzthin stattgefundenen Tagung des preußischen Landeskonomiekollegiums kundgegeben worden. Der Agrarier Graf Rangau hielt noch dem stenographischen Bericht aus:

„Sowohl wir aber nicht durch Maschinen den inländischen Arbeiter werden ersetzen können, werden wir auf den ausländischen Arbeiter angewiesen bleiben; wir werden ihn in steigendem Maße heranziehen müssen. Und sollten wir aus Russland, Ungarn, Galizien die nötige Anzahl Arbeitskräfte einmal nicht mehr erhalten können, dann werden wir, ehe wir unsere Ecke brach liegen lassen, doch schlimmstenfalls dazu greifen müssen, Kulis zu importieren.“

Diese Offenheit war den Agrarier im gegebenen Moment höchst unangenehm, weshalb Graf Rangau veranlaßt wurde, einen Kommentar zu seiner Aussage zu geben. Danach habe er gemeint:

„Erstens kommen also die inländischen Arbeiter, zweitens die ausländischen Arbeiter, die wir aus unserer Nähe in Europa erhalten, in Betracht und dann erst, legen und schlimmstenfalls die Kulis. Wenn die kommen, dann ist eben kein anderer Arbeiter mehr da, den sie durch Lohndrückerei herausdrängen könnten. Hoffen wir, daß es niemals so weit kommen möge.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich nun lebhaft über den Eifer, mit dem der Graf verdächtigt worden ist, der Einführung von Kulis das Wort geredet zu haben. In Wirklichkeit wird das nun aber durch den Kommentar geradezu bestätigt. Das einfachste Mittel zur Befreiung der Leuten auf dem Lande wäre eine bessere Bezahlung und anständigere Behandlung der Landarbeiter. Davon wollen, aber die Agrarier nichts wissen und deshalb werden immer mehr ländliche Arbeiter genötigt, nach der Stadt abzwandern. Damit schaffen aber die Agrarier mit voller Absicht jenen Zustand, der ihnen die Einführung von Kulis dringend nötig erscheinen läßt. Hier ist alles Drehen und Denteln umsonst. Graf Rangau hat nun einmal die Regel aus dem Sack geholt und man weiß, was man von den Agrariern noch zu erwarten hat.

Scharfmacherische Wahndeine.

Das Kanzlerblatt scheint einen besonderen Ehrgeiz darin zu sehen, auf das Rödeau der Reichsverbandspapiere herabzusinken. Dieses Ziel ist auch schon so ziemlich erreicht. Was sich das Organ in dem letzten Wochen-Rückblick leistet, könnte getrost der Korrespondenz des Reichsverbandes entnommen sein. Was im Laufe der Woche im preußischen Landtag an Beschimpfung der Sozialdemokratie geleistet wurde, sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihren Lesern in konzentrierter Form vor. So heißt es:

„Es ist die Überzeugung der weitesten Volkskreise geworden, daß man nur noch organisiert, also anerkannter Sozialdemokrat wird, wenn es garnicht anders geht; d. h.: falls der betreffende Arbeiter sich den rohen Zwangsmitteln der Freiheitsverkünder nicht mit Erfolg entziehen kann.“

Diese „weitesten Volkskreise“ sind der enge Kreis verbohrter Scharfmacher, zu deren eifrigem Sachverwalter sich das Organ des Kanzlers macht. Den Schluff des Artikels bildet die Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, in geschlossener Phalanx gegen die Sozialdemokratie zu ziehen.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann am Montag die Beratung des Eids der Eisenbahnerverwaltung. Zunächst stand nur die finanzielle und die wirtschaftliche Seite des Eids zur Beratung. Aus der Debatte ging hervor, daß die Erträge der Eisenbahn überaus günstige sind. Aber trotzdem ist an eine Reform großen Stils, vor allem an eine Reform der Tarife nicht zu denken. Auch der neue Finanzminister steht ebenso wie seine Vorgänger und wie der Eisenbahnminister auf dem Standpunkt, daß die Eisenbahn in erster Linie hohe Überfälle abwerzen müsse, die zur Befriedigung der allgemeinen Staatsausgaben zu dienen haben. Von einer reinlichen Scheidung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Staatsfinanzen will weder die Verwaltung noch das Parlament etwas wissen.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Privatbeamten zur Versicherungsfrage.

Eine große Demonstration für den Ausbau der Invalidenversicherung veranstaltete am Sonntag, dem 19. Februar in Hoppolds Brauerei zu Berlin die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten. In dieser Versammlung, die von mehreren tausend Angestellten besucht war, wurde nach Ansprachen der Herren Borchardt (Verein der deutschen Kaufleute), Lange (Zentralverband der Handlungsgesellschafter), Dullon (Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgesellschafter), Lehmann (Verband der Bureauangestellten), Reichstagsabgeordneter Robert Schmid, Lüdemann (Bund der technisch-industriellen Beamten) und eines Vertreters der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Werkmeisterverbandes mit überwältigender Majorität folgende Entscheidung angenommen:

Die von der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten einvernehmlich am 19. Februar

bruar in Berlin in der Brauerei Hoppold tagende große Versammlung protestiert dagegen, daß der Hauptausschuss die von ihm zum gleichen Tage einberufene Versammlung mit der irreführenden Bezeichnung „Privatangestellten-Tag“ belegt. Hat man doch die große Mehrzahl der Berliner Privatangestellten von der Teilnahme an der Tagung des Hauptausschusses ausgeschlossen.

Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte entspricht weder den Erwartungen der Privatangestellten noch den Versprechungen, die ihnen im Reichstage und in der Denkschrift des Reichsamtes des Innern vom 11. Juni 1908 gemacht worden sind.

Die im Entwurf vorgeschencnen Leistungen sind viel zu niedrig und bleiben ganz beträchtlich hinter den bestehenden Wünschen der Angestellten zurück. Die Erfüllbarkeit der Leistungen muß umso mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Klassen sogar überschreitet — was die Masse der Angestellten ohne bedenkliche Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch burokratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgeblichen Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Bevölkerungen selbst getragen werden sollen.

Der Entwurf verfügt also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorteile der Sonderkasse hingestellt worden sind. Dazu kommen andere Mängel, wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personalkreises.

Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Pensionsversicherungsfrage durch eine Sonderkasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundlagen die gleichen und noch höhere Leistungen zu erwarten sind. Da somit die Grundlagen des Gesetzentwurfs verfehlt sind, fordert die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung.

In der Umgegend des Versammlungslokales waren eine Anzahl mit Revolvern ausgerüstete Schüleute zusammengezogen.

In einem anderen Saal hielt der „Privatangestellten-Tag“ seine Sitzung ab. Hier dominierten die Antisemiten, weshalb es ohne den üblichen Radau nicht abging. Der Vorsitzende teilte gleich zu Beginn mit, daß er weder zur Diskussion, noch auch nur zur Geschäftsausordnung das Wort ertheile. Nur die bekannt gegebenen Referate durften gehalten werden. Dann verlas der Vorsitzende eine Resolution, in der man sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden erklärte und nur eine Erhöhung der Beiträge wünschte, um höhere Leistungen zu erwarten. Unter großem Lärm fand dann dieser „Privatangestellten-Tag“ sein Ende.

Die Nationalliberalen des Wahlkreises Herford-Bielefeld

müssen eine wunderliche Gesellschaft sein; nicht nur, daß sie in kurz aufeinanderfolgenden Wahlen einmal mit dem Freisinn, ein andermal mit den Konservativen marschieren, ein Teil stimmt auch noch gegen den vom anderen Teile aufgestellten eigenen nationalliberalen Kandidaten. Diese Tollheiten ereigneten sich allerdings bei den preußischen Landtagswahlen, die der politischen Korruption besonders förderlich sind. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Für die allgemeinen Wahlen 1908 hatten die Nationalliberalen des Kreises Bielefeld-Halle-Herford mit den Freisinnigen ein Abkommen getroffen; 1910 stellten sie in der Erstwahl für den verstorbenen Freisinnigen, Abg. Lorenz einen eigenen Kandidaten auf, der mit konservativer Hilfe gewählt wurde. Die Herforder Nationalliberalen tendierten sich indessen ab und stimmten gleich den Sozialdemokraten für den Freisinnigen.

Am 2. März d. J. findet eine Nachwahl für den verstorbenen konservativen Abg. Meyer statt. Die Bielefelder Nationalliberalen beschlossen, gleich für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Die Nationalliberalen des Kreises Herford aber stellten gemeinsam mit den Fortschrittlera den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Euge als Kandidaten auf, und so wurde die komische Situation eintreten, daß die Bielefelder Nationalliberalen gegen einen Mann ihrer eigenen Partei und für einen Konservativen stimmten! Im Augenblick der Heidebrandischen Kampfanlage gegen die Nationalliberalen nimmt sich diese Haltung der Bielefelder Nationalliberalen besonders rührend aus.

Die Bündlerparade.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die sonst immer im Circus Bröck tagte, hatte sich diesmal den neuen Eispalast zum Versammlungsort erkoren. An die 10 000 Bündler, vielfach mit ihren Frauen, mögen sich eingefunden haben. Freiherr v. Wangenheim im eröffnungsrede wieder die Generalversammlung und betet in einer langen Einleitungrede das alte agrarische Lied herunter. Er berichtet in der Einleitungrede die Fleischsteuerung, gibt zu, daß infolge eines schlechten Winterjahrs eine Mindererzeugung am Vieh stattgefunden habe; bestreitet aber im gleichen Atemzug, daß ein Mangel an Fleisch und Vieh besteht, an den hohen Fleischpreisen sei nur die Geschäftsführung der städtischen Verwaltung und ihrer vielen Schlachthäuse Schuld. Die Einfahrt fremden Viehes sei unzureichend und es sei sehr zu märchen, daß sich auch außereuropäische Staatsmänner dieser Meinung des Reichskanzlers anschließen. Wangenheim wendet sich dann gegen die „Hege über die Reichsfinanzreform“ und gegen die schändliche und missliche Haltung der Industrie und des Handels gegen das Agrarium. Er gestand an, daß die Agrarier in ihrem Urteil über manche Verhältnisse der Industrie und des Handels nicht so genau unterrichtet seien, wie es notwendig wäre. Er hofft die Hoffnung, daß nach der notwendigen Abschlüsse auf beiden Seiten keine Wappenschaufel zwischen Industrie und Landwirtschaft sich ermöglichen lasse. Schließlich nimmt er den schwerblauen Stoff in Gang und fordert von der Regierung, daß die Landwirtschaft durch die Sozialpolitik nicht

weiter belastet werde und daß vor allen Dingen nicht neue Organisationen zur Stärkung der Macht der Sozialdemokratie geschaffen werden.

Nach Wangenheim erhält Roedische, der Bundesvorsitzende, das Wort zu seinem Vortrag, der sich in den selben Gedankengängen bewegt, wie die Wangenheimische Rede. Nur hat Roedische die Mahnung zur Verträglichkeit mit Handel und Industrie schon wieder vergessen; wiederholt macht er scharfe Ausfälle gegen das Bankkapital und ergeht sich dabei in allerlei antisemitischen Wendungen. Natürlich bekommt auch die nationalliberalen Partei scharfe Worte zu hören, der er besonders die Gründung des deutschen Bauernbundes verbürt.

Dietrich Hahn erstattet den Geschäftsbericht, teilt darin u. a. mit, daß der Bund im letzten Jahre 10 810 Versammlungen abgehalten und 11 000 neue Mitglieder gewonnen habe. Sonst ist nicht viel Neues an seinem Referat. Er rechnet nur der Industrie im speziellen vor, was sie alles für Vorteile von den Parteien des schwarzblauen Blocks eingeheimst habe und wie wenig dankbar sich die Industrie erweise, wenn sie den Bund der Landwirte mit dem Hansabund bekämpfen will.

In einer Resolution bedauert der Bund der Landwirte die Zerrissenheit des heutigen politischen Lebens und besonders die Versuche, in die geschlossenen Reihen der Landwirte Zwiespalt zu tragen. Durch die heutige Art der Agitation der liberalen Parteien gewinne nur die Sozialdemokratie an Umfang und Einfluß.

Die geschädigten Heizer.

Ob der Beschluß des Reichstages, dem Maschinen-, Mechaniker- und Heizerpersonal der Flotte jährlich 320 000 Mark von ihren bisherigen Zulagen zu streichen, auch in der dritten Lesung des Marineklaus aufrecht erhalten wird, ist wahrscheinlich. Es ist anzunehmen, daß vom 1. April 1911 ab das genannte Personal anstatt der täglichen Zulage von 20 Pf. nur noch eine solche von 10 Pf. täglich erhalten wird.

Es muß „gespart“ werden, sagt Tirpitz. Anstatt aber den Hebel an der richtigen Stelle anzusehen und einmal das Zulagewesen der Offiziere einer gründlichen Revision zu unterziehen, sollen wieder einmal die ohnehin Darbenden daran glauben. Ebenso wie bei der Armee für Dienstreisen und Dienstpferde der Offiziere viel Geld verausgabt wird, ebenso wird für die Tasel- und Messigelder der Marineoffiziere das Geld mit vollen Händen gegeben. Nachstehende Tabelle gibt darüber interessante Aufschlüsse. Es erhielten im Jahre 1910 an Taselgeldern:

1 Klotzenchef	17 520,00	M.
3 Geschwaderchefs	44 073,75	"
3 zweite Admirale	32 028,75	"
1 Chef des Stabes im Inland	4 588,15	"
1 Chef des Stabes im Ausland	6 570,00	"
29 Mitglieder der Admiralsäbe im Inland	109 025,50	"
6 Mitglieder der Admiralsäbe im Ausland	32 850,00	"
Summa der Kosten der aus 44 Personen bestehenden Admiralsäbe	246 656,05	M.
31 Kommandanten der Schiffe 1. bis 3. Ranges	224 263,30	"
11 Kommandanten der Schiffe 4. Ranges	66 980,05	"
9 Kommandanten der Schiffe 5. Ranges	44 413,20	"
10 Kommandanten der Schiffe 6. und 7. Ranges	33 105,50	"
Torpedoschiffen-Etat für 572 Tage a 19,82 M.	11 387,04	"
22 Divisionschefs (einschließlich Minensuchdivision) a 13,17 M.	105 755,10	"
70 Torpedoboot-Kommandanten (Leutnants) a 8,42 M.	215 131,00	"
Aktivierung der Reserve-Halbschiffe insgesamt 5720 Tage a 8,42 M.	48 162,40	"
Summa 995 763,64 M.		

Also für nur 200 Marineoffiziere zahlt das Reich annähernd eine Million Mark an Verpflegungsgeldern, ohne die Gehalte, und für etwa 15 000 Mann „Untergabe“ hat man keine 320 000 Mark übrig.

Welche Empörung der Lohnabzug in den beteiligten Kreisen hervorgerufen hat, läßt sich gar nicht in Worte kleiden. Wenn von der zuständigen Stelle aus einmal befohlen ist, wie die Zulagenfrage geregelt werden soll, so hört die Unzufriedenheit ganz von selbst auf, so ruft der Staatssekretär des Reichsmarineamts seinen „Untergebenen“ zu. Läuschen Sie sich nur nicht, Herr von Tirpitz, die Saat, die hier gesät wird, wird dereinst eine Frucht bringen, an der Sie Ihre Freude haben werden. Unre sonst so viel gerührten „blauen Sungen“ haben für die ihnen zugesetzte Ungerechtigkeit ein gutes Gedächtnis.

In seiner Reichstagsrede meinte der Staatssekretär, das jetzige Zulagewesen bedeute eine Ungerechtigkeit gegenüber den Matrosen, die ja keine besondere Zulage bekommen. Wäre es da nicht besser, auch den Matrosen eine Zulage zu gewähren, als den armen Heizern ihre zwei Groschen abzuziehen? Denn bei dem schweren Borddienst, den das Heizer- und Maschinpersonal zu verrichten hat, ist ihnen die Vergütung von 20 Pf. täglich wirklich zu gönnen. Man müßt es miterlebt haben, wie das Personal vor den Kesseln und Maschinen oft unmenschlich arbeiten muß, manchmal noch gequält vor den Schikanen mancher Borgefetzten, um empfinden zu können, was der Wegfall der Zulage für die davon Betroffenen zu bedeuten hat. Wer die Früchte dieser Sparmethode bereinst einheimst, ist unschwer zu erraten.

Japan.

Über die Hinrichtung der japanischen „Anarchisten“ meldet die „Ag. de l'Est. Orient“: Die Namen der zwölf Hingerichteten sind folgende: Kotoku, Schriftsteller; Tsunei Sugano, Journalist; Moritaka, Landwirt; Oishi, Arzt; Okomiga, Reiseur; Matsuo, Journalist; Uchimura, buddhistischer Priester; Shimbi, ohne Beruf; Hinashita, Mechaniker; T. Kimura, Landwirt; Tsuruoka, Gürbler. Die Todesstrafe der anderen zwölf Angeklagten ist in die der lebenslänglichen Zwangsarbeit umgedeutet worden. Man hat also die älteren Angeklagten und alle Intellektuellen hingerichtet, während man die jüngeren begnadigt hat. Die Böte Kotoku, Tsunei Sugano vor seinem Tode sehen zu dürfen, wurde gewährt. Auch der Bruder des Arztes Oishi wurde zugelassen. Die Hinrichtung wohnt nur Staatsbeamte und Priester bei. Um jede Manifestation fest oder später zu verhindern, sind die Körper der Hingerichteten verbrannt und nicht den Familien ausgeliefert worden. Eine Zeitung, die ein-

kurzes Resümee des Prozesses zu geben magte, ist untersagt worden. Die Begnadigten waren überzeugt, daß auch sie hingerichtet würden, denn es wurden alle Vorbereitungen gemacht, und erst im letzten Augenblick erfuhr sie, daß sie begnadigt seien. Der Kaiser hat der Polizei befohlen, weniger streng bei der Verfolgung von Anarchisten vorzugehen, denn das Land sei unnötig erregt worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 21. Februar.

Typhusgefahr und Milchversorgung. Im Januar sind hier zahlreiche Typhusinfektionen vorgekommen. Phthiskus Dr. Niedel weist nun in den „Lüb. Blättern“ den Zusammenhang zwischen Typhus und dem Genuss roher Milch nach. Er sagt: Bei den im Januar aufgetretenen zahlreichen Typhusfällen ist der Verlauf der „Milchepidemie“ ähnlich wie sonst gewesen. Von den 17 insgesamt im Januar bekannt gewordenen Erkrankungen kamen vier auf ein lübeckisches Dorf, acht sind in der Stadt unter der Rundschau des bestreitenden Milchlieferanten entstanden, darunter vier Erkrankungen in einem Haushalt. Die fünf übrigen Typhus-erkrankten hatten ihre Infektion auswärts erworben. Also der Milchmann aus dem lübeckischen Dorf mit den vier Typhusfällen hat unter seiner Milchkundschaft in Lübeck acht weitere Typhusinfektionen verursacht! Das Medizinalamt hat bei dieser Gelegenheit wie früher auch schon, eindringlich vor dem Genuss roher Milch gewarnt.

Die diessjährige Musterung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 10. März bis 25. März d. J. in Lübeck auf dem Bockenhofe (Worstadt St. Gertrud) stattfinden. Solchen Militärfreiwilligen, welche hier gefüllungspflichtig sind, noch nicht zur Stammliste angemeldet sein, so haben sie sich unverzüglich im Geschäftszimmer der Erfolgskommission anzumelden. Die Militärfreiwilligen haben in den Musterungsterminen, welche auf den ihnen zugesandten Stellungsbefehlen angegeben sind, pünktlich zu erscheinen. Falls ein Militärfreiwilliger bis zum 5. März 1911 nicht im Besitz eines Stellungsbefehls ist, so darf er sich am darauffolgenden Tage im Geschäftszimmer der Erfolgskommission Schlüsselbild 16, 2. Stufe, behufs Empfangnahme eines solchen zu melden. Diese Meldung kann von den auf dem Lande wohnhaften Militärfreiwilligen, unter Angabe ihrer Personaten, schriftlich erfolgen. Es empfiehlt sich, daß Militärfreiwillige, welche mit fehlhaften Augen oder sonstigen nur schwer erkennbaren körperlichen Fehlern behaftet sind, ein ärztliches Attest hierüber vorlegen. Militärfreiwillige, welche sich nicht zur Musterung stellen oder beim Aufrufe ihrer Namen im Musterungsräume nicht anwenden, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmethoden zur sofortigen Gestellung gehalten werden, sondern unterliegen auch den in der Wehrordnung vom 22. November 1888 angedrohten Geld- oder Gefängnisstrafen und den sonstigen Wirkungen, die in der Wehrordnung als Folgen ihrer Nichtgestellung bezeichnet sind. Militärfreiwillige, welche Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst stellen wollen, müssen die Verhältnisse, durch die diese Anträge begründet werden, so bald als möglich vor Beginn der Musterung im Geschäftszimmer der Erfolgskommission oder spätestens im Musterungstermin selbst darlegen.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1910/11 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Betriebe eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Peteritz sind, in der Zeit vom 21. bis 28. Februar d. J. bei Verminderung des Zuschlages der gefüllten Gebühr zu entrichten.

Das Stiftungsfest der Lübecker Genossenschaftsbäckerei, welches gestern abend im Gewerbehofshaus gefeiert wurde, hatte eine außerordentlich starke Teilnehmerzahl angelockt. Die vorzüllichen Brotstücke mehrerer Mitglieder unserer Oper sowie des Gesangvereins „Eintracht“ fanden große Aufmerksamkeit und stürmischen Beifall. Ein starker Bass hielt die Gescihtenener noch bis in die Morgenstunden in fröhlichster Stimmung zusammen.

Moderne Strömungen im Turnwesen. Der dritte Vortrag des Herrn Turninspektors Moeller-Altona befaßte sich mit einem Vergleich zwischen dem deutschen und schwedischen Turnwesen. In Deutschland wird das Nerven- und Muskel- oder das Geräteturnen im engeren Sinne in den Vordergrund gestellt. Dieses ist eben so einseitig wie die Ausübung einer ausschließlich nur einzigen Sportübung. Das richtige Turnen soll nach allen Richtungen ausgehendt werden, wie die Schweden es tun. Soll das deutsche mit dem schwedischen Turnen in gerechter Weise verglichen werden, so muß es dagegen stehen, wo der gleiche Zweck erreicht werden soll. Hierbei wird wohl die deutsche Turnmethode in mancher Beziehung den schwäzeren ziehen, weil sie Geschicklichkeits- und Feingehaltungsturnen betreibt. Während der Deutsche bestrebt ist, immer neue Geräteturnen zu erfinden, dient dem Schweden das Geräteturnen nur als Mittel zum Zweck, nämlich einer guten Körperhaltung. Er hat den Körper kennen gelernt, mit dem die deutschen Turnlehrer leider nicht genug vertraut sind, und seine Turnübungen dementsprechend gestaltet. Nach diesen Ausführungen zeigte der Vortragende an der Hand vieler Bildchen einige Momente aus dem deutschen Schauturnen, die vom erzieherischen Standpunkte als blödsinnig bezeichnet werden müssen, denn manche Regeln, Pyramiden usw. enthalten oft keine einzige, dem Körperfürdlichen Bewegung. Jedoch beim Schweden ist die Bedeutung von oben bis unten wohl überlegt. Sie sind daher als für den Körper von Nutzen. Hauptsächlich wird der Brustkraft erweitert, das Rückgrat gerade usw. Darum ist es sehr zweckmäßig, wenn die deutsche Erziehungsmethode sich die schwedische als Vorbild dienen läßt. Im vierten und letzten Vortrage wird Herr Moeller den Zusammenhang zwischen Leib und Seele behandeln.

Taschen zu! In letzter Zeit haben viele Personen in Berlin und anderen deutschen Städten mit der Post unbefristete Sendungen aus Palästina erhalten. Hierzu schreibt man der R. G. S. von machender Seite: Seit einer Reihe von Jahren besteht in Palästina eine planmäßig betriebene Bettelindustrie, deren Unternehmer auch in Deutschland namentlich die Angehörigen der wohlhabenderen Stände zu brandshagen suchen. Die Bettelkrieger nähern sich in der Weise, daß ein im heiligen Lande gearbeiteter Gegenstand von geringem Wert, meist eine Olivenholzarbeit, eine Sammlung getrockneter Blumen, bisweilen auch ein minderwertiges Album mit Ansichten von Jerusalem oder Arbeiten aus Perlmutt mit einem gedruckten oder sonst mechanisch verzierten Bettelbrief an Adressen, die wahrscheinlich alten und billig eingetauschten Adressbüchern entnommen sind, mit der Bitte geliefert wird, einen bestebigen Gegenwert zu stiften, zur Linderung der in den schwäzeren Farben geschuldeten Not, sei es der Absender selbst, sei es der mit Fertigung der Gegenstände beschäftigten Arbeiter. Häufig handelt es sich dabei durchaus nicht um Leute in dürgenden Verhältnissen, oder es sind derartige Personen nur vorgeschoßen, und sie erhalten von dem Unternehmer des Bettelbetriebes, der den Löwenanteil einheimst, nur eine mäßige Vergütung. Es empfiehlt sich jedenfalls, grundsätzlich alle derartigen Bettelbriefe unberücksichtigt

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 44.

Dienstag, den 21. Februar 1911.

18. Jahrg.

An den Herrn Minister des Innern v. Dallwitz.

Unter dieser Überschrift schreibt Genosse A. Bebel im "Vorwärts":

Herr Minister! Nach dem Bericht des "Berliner Tageblattes", Abendblatt vom 17. d. M., haben Sie in der gestern stattgehabten Sitzung des Preußischen Landtages unter anderem folgendes ausgeführt:

In diesem Zusammenhang (der Anklagen der Abg. Hoffmann und Liebknecht gegen die politische Polizei) ist auch ein Selbstbekennnis von Wert, das der anerkannte Führer der Sozialdemokratie, der Abg. Bebel, erst vor wenigen Tagen im "Vorwärts" abgelegt hat. In einem Artikel "Erinnerungen an Paul Singer" teilt Bebel mit, daß der Partei ein Beamter des Polizeipräsidiums aus der Abteilung "Politische Polizei" für Geld Spitzdienste geleistet hat. Herr August Bebel hat sich also nicht gescheut, staatlich angestellte Beamte zu bestechen und sie zur Untreue und zur Nichtachtung ihres Dienstes zu verleiten".

Es ist mir sehr angenehm, daß nachdem bereits ein Teil der bürgerlichen Presse glaubte, die erwähnten Mitteilungen gegen mich auszulachen zu können, Sie, Herr Minister, mir Gelegenheit geben, Ihnen und meinen Verächtigern die gebührende Antwort zu ertheilen.

Nicht ich aber mein verstorbener Freund Singer hat sich an den betreffenden Beamten — den nachher der damalige Polizeipresident, als dessen Handlungen ihm bekannt wurden, entsprechend makrelte — gewendet und ihn aufgefordert, uns Spitzdienste zu leisten, sondern der betreffende Beamte hat sich an meinen Freund Singer gewandt und sich erboten, uns Dienste zu leisten unter der Voraussetzung, daß wir ihm diese honorieren.

Mein Freund Singer hat, nachdem er mit mir Rücksprache genommen, ganz selbstverständlich dieses Anerbieten akzeptiert, denn Herr Minister, wir wären die größten Esel gewesen, die damals der deutsche Boden trug, hätten wir dieses Anerbieten abgelehnt.

Schon verstehe, Herr Minister, Ihren Schmerz, daß es ans damals gelang, einem Ihrer Vorgänger, Herrn v. Puttkamer, recht gründlich in die Suppe zu spucken und ihm das Konzept zu verderben. Aber, Sie wissen, dem einen keine Nachgal, ist dem andern keine Eule, und ich freue mich noch heute, daß es uns damals gelang, unter Zuhilfenahme der Mitteilungen jenes Beamten die teuflischen Pläne der Firma Bismarck-Puttkamer gegen uns zu durchkreuzen.

Wir kamen dadurch aber auch in die Lage, die verbrecherische Tätigkeit der Schröder und Haupt und einer ganzen Reihe anderer "Ehrenmänner" als königlich preußische Polizeispiegel zu entlarven und der Welt zu entrollen, mit welchen Mitteln die politische Polizei jener Zeit gegen unsere Partei arbeitete. Es war ferner ein Akt der Vergeltung, den wir ausübten, dafür, daß die politische Polizei in einer ganzen Reihe Städte mit allen Mitteln der Niedertracht und der Korruption eine Anzahl Parteigenossen von uns kaufte, um sie als Parteiverräter gegen die eigenen Parteigenossen zu verwenden, modisch Hunderte von braven Parteigenossen mit ihren Familien in Not und Elend gestürzt wurden.

Sie werden daher begreifen, Herr Minister, daß ich für die moralische Entrüstung, mit der Sie glauben, mir und meinen Freunden aus einem Akt der Notwehr einen Strick drehen zu können, nur ein Lächeln und ein Achselzucken habe.

Burg Plümmerau.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(Schluß.)

Das Kind war mittlerweile eingeschlafen und Wolf legte es dem Vater, der jetzt herangekommen war, in die Arme. Ich ließ mich dann mit ihm ans Land legen und nahm ihn mit zu meinem Freund, Herrn Hirschel; der empfing uns mit großer Freudlichkeit. Wolf erzählte uns dann folgendes:

Im Frühjahr 1849, als in Deutschland und Italien bereits wieder Ordnung herrschte und nur noch in Ungarn der Demokratie Hoffnungen blühten, begab sich Wolf, dessen Haus der Tod veroder, und der schon im Jahre vorher seinen Pfarrdienst quittiert hatte, dorthin. Im April trat er als Husar ein, und drei Monate später war er Chef eines Honvéd-Bataillons. Bei Temesvar fiel er verwundet den Russen in die Hände, und diese schlepten ihn nach Tarnow, wo das Kriegsgericht ihn zum Tode verurteilte, welcher Rechtspruch aber durch Kaiserliche Gnade in zwanzigjähriger Verbefehlung verwandelt wurde. Nachdem der Gefangene fast sieben Jahre in den Kasematten von Josephstadt geschmachtet hatte, hörte er eines Nachts eine bekannte Stimme ein plattdeutsches Lied vor seinem Fenster singen, und als er öffnete, da flog ein Stein, um welchen ein Zettel und ein langer Bindfaden gewickelt waren, hinein. Der da unten gesungen, war Johann Klonhamel, und der Zettel war von ihm und es stand darauf mit großen, mühseligen Buchstaben:

"Halt Dir fertig, G. K. ist hier. Morgen nacht um 12. Ein Strickleiter und Pfeilen ist dann parat. Siebeln und Zeug auch."

Die Flucht glückte und Wolf gelangte mit seinem Freunde zu dem sicheren Zufluchtsorte, den Klonhamel in Mecklenburg bereit hatte. Kurze Zeit nachher war aber der brave Oberinspektor erkannt und endlich vor kurzem nach einem langen Krankenlager gestorben. Das wenige, was er noch besaß, hatte er Wolf vermacht, und dieser, der zufällig erfahren, wo Eugen und Auguste

Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, Herr Minister, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen.

Einstweilen warten ich und Millionen darauf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß dieseligen Berliner Polizeibeamten, die sich, wie gerichtsnotorisch feststeht, zahlreiche Vergehen gelegentlich der Maobiter Krawalle zuschulden kommen ließen, endlich zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden, denn Sie sind der höchste Vorgesetzte dieser Beamten.

Hic Rhodus, hic salta!

Schöneberg-Berlin, den 18. Februar 1911.

A. Bebel.

Die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe

wurden am Donnerstag, den 16. d. Mts., im Reichstagsgebäude begonnen. Über die Zusammenlegung dieses Schiedsgerichts ist bereits früher berichtet worden, für heute ist nur nachzufragen, daß für den Genossen Bömelburg g. Genosse Silber schmidt als Arbeitervertreter mit eingetreten ist.

Der große Kampf im Baugewerbe wurde bekanntlich durch die von Unparteiischen geleiteten Verhandlungen, die mit dem Dresdener Schiedsspruch ihren Abschluß fanden, beendet. Der Schiedsspruch entschied über die Erhöhung der Stundenlöhne und über die tägliche Arbeitszeit, wobei nur für wenige Bezirke eine Verkürzung der Arbeitszeit gewährt wurde. Die sonstigen Streitigkeiten über örtliche Vertragszulässe wurden an die örtlichen Schlichtungskommissionen verwiesen, die bis 8. Juli eine Einigung herbeiführen sollten. Wo dies nicht gelang, sollte die zweite Instanz (örtliches Schiedsgericht) die Angelegenheit bis 15. Juli endgültig entscheiden. Gegen diese Entscheidung ist in bestimmten Fällen eine Berufung an das Zentralschiedsgericht möglich. Die Vertragsparteien haben in ca. zwei Dutzend Fällen von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Weiter liegen Anträge vor aus Bezirken, in denen eine zweite Instanz nicht zustande kam und von Organisationen, die sich bisher vergeblich bemühten, einen Vertrag fertigzustellen, oder wo die Gegenpartei es überhaupt verweigerte, einen Vertrag zu schließen.

Die Anträge berühren fast alle Gebiete des Vertrages und noch einiges, das außerhalb des Vertrages liegt, z. B. die Frage: dürfen die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände von den Arbeiterorganisationen gesperrt werden?

Am ersten Verhandlungstage wurden einige grundfältige Fragen erledigt. Es waren Verträge angesprochen, die zwischen örtlichen Arbeiterorganisationen und einzelnen Mitgliedern des Arbeitgeberbundes geschlossen worden sind. Grundsätzlich sollen die örtlichen Organisationen die Vertragssträger sein. Es wurde entschieden, daß in Fällen, wo nur ein Mitglied des Bundes am Orte vorhanden ist, mit diesem ein Vertrag zulässig, aber die örtliche Organisation, der das Mitglied angehört, den Vertrag mit zu unterzeichnen hat. In einem anderen Falle wurde entschieden, daß Arbeitgeberverbände den Abschluß eines Vertrages nicht verweigern können, wenn die Gegenpartei nur einen geringen Teil der Beschäftigten umschließt. Ebenso unzulässig ist, sich damit begnügen zu wollen, Löhne und Arbeitszeit dem Schiedsspruch gemäß zu gewähren und den Vertragsabschluß abzulehnen. Die Vertragsbedingungen und der Abschluß eines Vertrages sind ein unteilbares Ganzes.

wohnten, hatte sich nun entschlossen, zu ihnen auszuwandern.

"Freund," sagte ich und reichte ihm Eugens Brief, "bleiben Sie nur hier. Dort ist auch polnische Wirtschaft. Im Paradies ertrinkt man und stirbt am gelben Fieber, und in Freistadt glaubt man nur dann frei sein zu können, wenn man auf Mollen weit keine Nachbarn hat. Auch dort regiert der Knüppel, die Hunde, und der Geldbeutel die Menschen."

"Sawohl," sagte Herr Hirschel, "Herr Pastor, unser Freund hier hat recht. Drüden ist kein Land für Sie. Lernen Sie sich die Theologie wieder ein wenig über und suchen Sie wieder einen Pfarrdienst zu bekommen. In Ihrem Alter muß man kein neues Geschäft mehr anfangen; man macht nichts mehr damit."

"Sawohl," sagte ich, "Herr Hirschel hat recht. Sie sollten wieder nach Mecklenburg gehen. Mit den Wölfen muß man heulen und unter den Menschen heulen. Wenn der Wind konträr ist, muß man lavieren, und gegen einen Backofen läßt sich nicht anfangen. Sie können ja übrigens denken, was Sie wollen. Ich bin auch liberal, aber durch Kaiserliche Gnade in zwanzigjähriger Verbefehlung verwandelt wurde. Nachdem der Gefangene fast sieben Jahre in den Kasematten von Josephstadt geschmachtet hatte, hörte er eines Nachts eine bekannte Stimme ein plattdeutsches Lied vor seinem Fenster singen, und als er öffnete, da flog ein Stein, um welchen ein Zettel und ein langer Bindfaden gewickelt waren, hinein. Der da unten gesungen, war Johann Klonhamel, und der Zettel war von ihm und es stand darauf mit großen, mühseligen Buchstaben:

"Ich! rief Washington-Kosciusko, Herrn Hirschels ältester Sohn, ich möchte ein Gato oder ein Leonidas sein!"

"Schweig, Washington-Kosciusko!" sagte Herr Hirschel.

"Läßt ihn doch reden," sagte Madame Hirschel. "Wenn Kinder sprechen, so eilen sie nicht, und es ist eine feurige Zeit! Das Pfund Butter kostet schon wieder fünfzehn Schilling."

Wolf hatte unterdessen den amerikanischen Brief gelesen.

Spüren Sie noch Lust zur Reise?" fragt ich.

Wolf erwiderte:

"In Amerika kann der einzelne Mensch so frei sein, wie er es überhaupt kann; in Deutschland liegt der Staat,

andere Menschen und vornehmlich er selber, ihm stets Fesseln an. Und dennoch, dennoch wird mir die Trennung vom

Eine weitere Anzahl Anträge befassten sich mit der Auslegung einzelner Teile des Vertragsmusters und wieder andere wollten das Muster ändern, oder den Vertrag durch Zusätze ergänzen.

Die Beratung dieser Anträge konnte nicht erledigt werden; nur 10 Anträge wurden aufgearbeitet. — Die Vertreter der Parteien verfehlten mit Säbigkeit und Ausdauer die Interessen ihrer Organisationen und die Unparteiischen verloren ihr Bestes, die Gegenseite auszugleichen; doch bei den Entscheidungen gab es nur ein Süßen und Drüber.

Am zweiten Verhandlungstag wurde die Beratung über Ergänzungen und Zusätze zum Vertragsmuster fortgesetzt.

Das Schiedsgericht entschied, daß in der Regel nur den Berufungen stattzugeben sei, wenn die örtlichen Organisationen über die in Frage kommende Ergänzung oder über den Zusatz eine Vereinbarung nicht getroffen haben.

Es liegen aus 25 Lohnbezirken Beschwerden von Arbeitnehmerorganisationen vor, weil in diesen Bezirken die Arbeitgeberorganisationen sich weigern, Verträge abzuschließen. Hierzu wird grundsätzlich entschieden, daß in allen Fällen und in jedem Gebiet, in dem ausgesperrt worden ist oder wo vor der Aussperrung ein Vertrag bestand, ein Tarifvertrag abgeschlossen ist und die Bedingungen des Dresdener Schiedsspruches zu erfüllen sind. In jedem Falle, wo eine zweite Instanz nicht besteht, sind die beteiligten Parteien verpflichtet, sich an bestimmte Personen oder Institutionen außerhalb ihrer Organisationen zu wenden und diese zu bitten, die Bildung einer zweckentsprechenden Instanz vorzunehmen. Innerhalb dreier Wochen sollen die Verhandlungen beendet und der Vertrag abgeschlossen sein.

In einigen Fällen, in denen den Arbeitnehmern die Unterzeichnung der Verträge verweigert worden ist, wird festgestellt, daß die noch bestehenden Differenzpunkte dem Dresdener Schiedsgericht zur Entscheidung nicht vorgelegen haben. Die Verträge sind daher abzuschließen. Einige andere Beidiverdefälle wurden teils an die zweite Instanz zurückverwiesen, teils sollen noch weitere Feststellungen gemacht werden.

Eine weitere Entscheidung geht dahin, daß ein Ort nur zu einem Vertragsgebiet gehören darf und weiter, daß jeder Unternehmer die Vertragsbedingungen desjenigen Vertragsgebietes zu erfüllen hat, in welchen er die Arbeiten ausführt.

Eine Berufung richtet sich gegen die Entscheidung einer zweiten Instanz, nach der an Stelle der 14-tägigen Lohnzahlung die 8-tägige einzuführen ist. Die Berufung wird verworfen.

Es war beabsichtigt, die vorliegenden Berufungen und Beschwerden in drei Tagen zu erledigen. Dieser Vorfall wird sich nicht erfüllen lassen, es wird noch eine weitere Tagung erforderlich werden.

Am Sonnabend wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Es wurde über Lohnausgleich für den Wegfall von Arbeitsstunden an einzelnen Tagen verhandelt. Das Dresdener Schiedsgericht hat hinsichtlich der täglichen Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich festgesetzt: "die Verkürzung der Arbeitszeit bedingt einen Ausgleich des Lohnausfalls." Es bestanden nun Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dieser Grundzustand auch anzuwenden sei, wenn es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Montagen und Sonnabenden handelt.

Das Schiedsgericht entschied, daß Zusätze zu Verträgen zulässig sind, die sowohl einen Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung wie auch eine Lohnzahlung für sogenannte Freistunden festlegen. Die Vertragsparteien können solche Vereinbarungen treffen und die Berufinstanzen

deutschen Landes so schwer und schmerhaft, wie mir noch immer ein Scheiden geworden ist".

"Und beginnen Sie noch Hoffnungen für Deutschlands Freiheit?" fragte ich.

Der alte Herr strich sich die paar weißen Haare, welche ihm auf die Stirne hingen, zurück, legte die rechte Hand dann auf den Kopf des Knaben und sah mir schief in die Augen. "Und beginnen Sie keine Hoffnung mehr?" fragte er mich. — Ich schwieg.

"Nun," sagte er, "dann fragen Sie diesen Knaben, ob er noch welche hat, und er wird Ihnen dieselbe Antwort geben, die ich geben muß. Er und ich, wir hoffen. — Ich habe sechzig Jahre auf Freiheit gehofft; ich werde im einundsechzigsten die Hoffnung nicht aufgeben, zumal ich ärgeren Druck und viel schmählicheren Zeiten erlebt habe, als sie jetzt über Deutschland walten. Es hat sich seit ich denken kann, gar vieles bei uns gebessert, und die Hauptsache ist, es ist Bürgerstimm und Liebe zur Wahrheit und Freiheit mach und wahr im Volk geworden. Gottlob! das Volk hat zweifeln gelernt; Gottlob! es beginnt sich selber mehr zu glauben, als den Lohnschreibern und Priestern und selbst die ärteste Kriecherei redet heutzutage eine weniger entartete Sprache, als sie in meinen Kindesjahren der rechte Mann gegen Hochstehende führte. Mit innerlichem Jubel habe ich gelehrt, daß der Knecht, der Tagelöhner in Mecklenburg nicht mehr mit dem Hut in der Hand steht, so lange sein Junge mit ihm redet; und mit noch größerer Freude hörte ich's, daß der Bauer jetzt vom Prediger verlangt, daß denselbe ihm Herr nennt und weniger Klopft vor den jungen strengeschulten und wohldisziplinierten Geistlichen hat, als er zu meinen jungen Zeiten vor mir und meinen Jungs und Jagd- und spielfähigen Kollegen hatte. Mögen sie tun und schwören, was sie wollen; bürgerlicher und rechtsäugiger Despotismus pfeifen in Norddeutschland und selber in Mecklenburg aus dem letzten Loch."

Madame Hirschel hatte Wein bringen lassen. Der Knabe schenkte ein und präsentierte uns dann die Flasche. Es kam mir vor, als betrachte er den alten Herrn, obwohl dieser wirklich nicht sehr einladend aussah, mit einem mehr als gewöhnlichen Interesse und mit großer Hochachtung. Für das Reinkommensliche hat die heranwachsende Jugend ge-

sind im Streitfalle berechtigt, eine Entscheidung zu fällen. Weitergehende Anträge, insbesondere solche, die die Aufhebung der Entscheidungen der Vorinstanzen forderten, wurden abgewiesen.

Aus mehreren Vertragsgebieten wird eine Entscheidung darüber verlangt, ob in solchen Fällen der Staffel- oder der Einheitslohn im Vertrage einzustellen ist. Eine Entscheidung von zentraler Stelle aus ist nicht gut möglich, deshalb wurden diese Anträge an die zweite Instanz verwiesen.

Zu fast allen Gebieten, in denen es bisher zu einem Vertragsabschluß noch nicht gekommen ist, wurde in den meisten Fällen die fällige Lohn erhöhung noch nicht gezahlt. Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund der zahlreich eingegangenen Anträge, daß die am 16. Juni 1910 fällig gewesene Lohn erhöhung in jedem einzelnen Falle nachzu zahlen ist.

Das Schiedsgericht mußte am Sonnabend abend 10 Uhr die Verhandlungen abbrechen. Von 151 Punkten der Tagesordnung sind gut zwei Drittel erledigt. Der Rest soll in der nächsten Sitzung, die am 6. März stattfinden soll, erledigt werden. Es stehen noch sehr wichtige Fragen zur Beratung, z. B.: ob die Parteien durch Schiedsspruch gezwungen werden können, einen Tarif für Akkordarbeit festzusetzen; ob die Arbeitsnachweise der Unternehmer gesperrt werden dürfen; wann für die örtlichen Organisationen Handlungsfreiheit eintritt; ob Maßregelung von Leitern der Aussperrung und von solchen Arbeitern eintreten darf, die für Innehaltung der Verträge sind; ob für die Ortsverträge die Beschreitung des Rechtsweges ebenfalls ausgeschlossen sein soll und viele andere wichtige Fragen.

Aus der Partei.

Ausgehobener Inhaltsbefehl. Die Brauerei Hammer in Plauen i. B. hatte alle ihre organisierten Arbeiter auf das Straßenspazier geworfen; die Arbeiterschaft antwortete durch Versammlungsbeschluß mit dem Boykott der Brauerei. Die boykottierte Brauerei erwirkte darauf eine einstweilige Verfügung, wonach es den Genossen Redakteur Breslauer-Zwickau und Gauleiter Stöcklein-Zeitz unter Strafandrohung von 1500 Mk. für jeden einzelnen Fall untersagt wurde, in Wort oder Schrift auf den Boykott hinzuweisen. Außerdem strengte die Brauerei eine Schadensersatzklage in Höhe von 10 000 Mk. an. Auf eingeklagte Berufung entschied das Gericht am 1. Februar: Der Inhaltsbefehl gegen Breslauer und Stöcklein wird aufgehoben, die Kosten fallen der Firma Hammer zur Last. Auch der Schadensersatzanspruch Hammars dürfte durch dieses Urteil hinfällig geworden sein, denn das Gericht hat durch Urteil ausgesprochen, daß in jeder Form auf den Boykott hingewiesen werden kann.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Streik der städtischen Arbeiter in Kolberg. Am 16. Februar haben die Arbeiter des städtischen Gaswerks, der Parkverwaltung und des Bauhofes die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnherhöhung unter Zugrundelegung des Mindestlohnes von 18 Mf. pro Woche, Reduzierung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden für Feuerhausarbeiter des Gaswerks, sowie auf 10 Stunden für alle übrigen Arbeiter, die noch länger arbeiten müssen, für Überzeit- und Feiertagsarbeit 25 bzw. 50 Proz. Zuschlag; Unterflurräume, Dienstkleider, Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen und ähnlichem. Der Lohn beträgt bei den Gasarbeitern 2,20 bis 3,50 Mf., im Durchschnitt 2,66 Mf. pro Tag, bei den Parkarbeitern 2,40 bis 3,30 Mf., im Durchschnitt 2,48 Mark pro Tag. Der Lohn ist also sehr verbessерungsbedürftig. Mitte vor. Jz. war schon auf die Forgerungen der Arbeiter vom Magistrat der Bescheid erteilt worden, daß Ermittlungen angestellt und mit der Lohnkommission der Arbeiter verhandelt werden soll. Damals bekundete der Magistrat ausdrücklich sein Vertrauen zu den Verhandlungen mit den Arbeitern, denen er eine allseitig befriedigende Lösung voraus sage. Trotzdem hat der Magistrat die Verhandlungen wieder hinausgezogen und jetzt drängten nun die Arbeiter mit Macht auf Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Als der Magistrat keine Anstalten mache, rüg den Arbeitern endlich die Geduld, nachdem alle Verhandlungen erfolglos blieben. 117 Arbeiter haben die Arbeit eingestellt. Der Magistrat hat bereits eine Aufrichterung an die Bürgerschaft erlassen, den Gaskonsum einzuschränken und sich mit anderem Beleuchtungsmaterial zu versehen. Nochmalige Verhandlungen sind angebahnt. — Buzus ist fernzuhalten.

Ein Streik auf der Zinshütte in Dortmund ist ausgebrochen. Nach abgetauschter Ründigungsfrist haben am Sonnabend 200 Mann die Arbeit niedergelegt. Als Ursache des Streiks gilt, daß die Verwaltung der Hütte die geforderte Lohn erhöhung ablehnte und auch zu keiner Verhandlung be-

wöhnlich ein besseres Verständnis, als wir alten Leute.
„Auf gutes Glück drüber!“ sagte Herr Hirschel und trank sein Glas dem Pastor zu.
„Auf deutsches Land und sein Brot!“ sauste der alte Herr.

"Wir steigen alle mit den Gläsern an." "Königlich! Du auch nach Amerika, Junge?" fragte Herr Hirsel.

„So, und ich möchte auch gegen die Österreicher fechten!“ erwiderte der Knabe.

Washington-Rosciano und ich brachten am nächsten

Morgen den alten Herrn an Bord. Ich bemerkte, daß der Knabe den Busch hatte, ein Wort allein mit unsern Freunden zu reden und blieb deshalb ein wenig zurück. „Herr Pastor.“ sagte der Junge, „mein Vater sagt, daß das Reisen viel Geld kosten und ich habe gehört, daß die Österreicher und die Russen Ihnen alles genommen haben. Da meinem Sparbüro habe ich sechs Kronen gegeben, das Geld gehört mir. Herr Pastor, nehmen Sie das Geld mit nach Amerika; ich habe meinen Vater gefragt, ob das Geld mir gehört, er hat mir Ja gesagt. Ich bitte Sie, nehmen Sie es.“

Wir fuhren ans Schiff und erst als es die Insel liessete,
fliegen der Raabe und ich in unsere Zoffe. Es war ein
dunner, sonniger Morgen; alle Passagiere waren am Deck.
Als wir Holstein erreichten, waren das deutliche Bar-
telsland und Stolabellia fridolin und a Straßburg, a Straß-
burg wurden gesungen, und viel ward mit weichen Klämmen
auf dem Lande geworfen. Auf dem Borddeck stand Wolf
und hieß ein Kind, welches nicht über die Schonungsfeldung zu
reden vermochte, aber doch genau das, woran alle
Kinder gleichzeitig waren, auch schon wußte, noch in seinem

reit war. Viele der Streikenden wohnen in Werkwohnungen; ihnen wird gedroht, daß sie Anfang nächsten Monats die Wohnungen räumen müssen. Es handelt sich um ein Werk, das zur Firma „Lucas“ gehört, die bekanntlich erst kürzlich bestreikt wurde. Zugang ist fernzuhalten.

Zum Kampf um den Neunstundentag in der Weihenfelscher Schuhindustrie wird uns noch geschrieben: Verhandlungen, die zwischen dem Vorstand des Vereins Weihenfelscher Schuh- und Schäftesfabrikanten und dem Zentralverband der Schuhmacher, vertreten durch den Vorsitzenden Simon-Nürnberg, dem Gauleiter Zillmer, sowie den Weihenfelschen Ortsbeamten stattfanden, führten durch die unannehbaren Vorschläge der Fabrikanten zu keiner Einigung, sodaß am Sonnabend, dem 18. Februar, rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegten. Die Unternehmer beschlossen in ihrer Versammlung: Am 1. Oktober ds. Jz. die Arbeitszeit pro Woche um 2 Stunden und am 1. Oktober 1912 um eine weitere Stunde pro Woche zu verkürzen. An eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sei auf lange Zeit hinaus nicht zu denken. Die Wochenlöhne sollen nicht gekürzt und Überstunden sollen mit 25 Prozent Aufschlag vergütet werden. Die Arbeiter lehnten in zwei vom Zentralverband einberufenen Versammlungen, die von über 3000 Arbeitern besucht waren, dieses Unerbittene einstimmig ab. Die Gewerkvereinler haben sich wieder als Schülinge der Fabrikanten bewiesen, sie schließen sich der Bewegung nicht an.

Die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe in Dänemark.

Es wird zwar in Dänemark noch immer verhandelt zwischen den Parteien über die in den verschiedenen Berufen und Gruppen vorliegenden Konflikte, aber es ist nur in wenigen Fällen eine Einigung erzielt. Die Metallarbeiter bei den Gürtlerinnungsmeistern in Kopenhagen stehen schon seit mehreren Wochen im Streik; Verhandlungen sind in den letzten Tagen wieder angeknüpft worden; ob sie zum Frieden führen werden, ist noch sehr zweifelhaft. Die Elektrizitätsarbeiter der Installationsgeschäfte haben ergebnislos mit ihren Arbeitgebern verhandelt. In der Textilindustrie Dänemarks haben weder die Verhandlungen in Odense noch die in Kopenhagen Erfolg gehabt. Der Vorstand der Dänischen Arbeitgebervereinigung hat auf Verlangen der Textilfabrikanten dem Gesamtverband der Gewerkschaften bereits die allgemeine Aussperrung in dieser Industrie angekündigt, die binnen 14 Tagen durchgeführt wird, falls es bis dahin nicht zur Einigung kommt. Im Klempnergewerbe Dänemarks soll die allgemeine Aussperrung schon am Montag durchgeführt werden. Eine weitere allgemeine Aussperrung hat die Arbeitgebervereinigung für die Holzindustrie, das heißt, für die Sägewerke und Hobelwerke angekündigt, wobei es sich, wie in der Textilindustrie, um die erste Ankündigung handelt, der, entsprechend dem 1899 abgeschlossenen Abkommen, nach sieben Tagen eine zweite folgen muß, worauf dann nach Verlauf einer weiteren Woche der Kampf beginnen kann. Die Zimmerer Dänemarks, mit Ausnahme des Kopenhagener Lohngebietes, hatten am Januar den Streik beschlossen, haben den Beschluss jedoch vorläufig zurückgezogen, da noch ein wenig Hoffnung auf friedliche Beilegung vorhanden zu sein scheint. Im Maurergewerbe scheint das störende Eingreifen der Zentrale des Unternehmertums, die bekanntlich vor allemen fünfjährigen Tarifvertrag durchsetzen will, eine Zersetzung unter den Maurermeistern hervorzurufen, wenngleich sie in einer Stadt, in Korsør, aus der Zentralvereinigung ausgetreten und haben einen zweijährigen Tarifvertrag mit Erhöhung der Stundenzulöhne von 44 auf 47 Kronen Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen. In der Eisenindustrie Dänemarks stehen die ungelernten Arbeiter in der Lohnbewegung; die Verhandlungen zwischen dem Arbeitsmannsverband und dem Verband der Eisenindustriellen sind gescheitert; es soll jedoch zwischen den Hauptorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber weiter verhandelt werden.

In der Herrschaftsion ist es nun doch in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag zu einer Einigung zwischen den Vertretern der beiden Parteien gekommen, wenigstens für die Schneider und Schneiderinnen, während der Lohnkampf für die Zuschneider noch fortduert. Das neue Unternehmen, das auf fünf Jahre gelten soll, bietet Erhöhungen der Akkordpreise um 5 bis 8 Proz. und für die Werkstätte beschäftigten Lohnarbeiterinnen Erhöhung des Wochenlohnes um 1 Krone. Der Minimallohn der Bügler wurde von 26 bis 27 Kronen auf 28 Kronen erhöht, und ein Abschlag für Überzeitarbeit von 50 Proz. für Nacharbeit in 100 Proz. festgesetzt. Die Generalversammlung der Schneider hat den neuen Tarifvertrag mit 967 gegen 145 Stimmen gutgeheissen. Die Arbeit ist am Sonnabend wieder aufgenommen worden, soweit das mit Rücksicht auf den noch dauernden Zuschneiderstreit möglich war.

Die Eisarbeiter Kopenhagens haben kürzlich durch Verhandlungen mit den Unternehmern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht. Eine Firma, Großhändler Madsen, hat sich dem Tarifvertrag jedoch nicht angeschlossen und arbeitet jetzt mit Streikbrechern. Als streikenden Arbeiter der Firma kamen, um sich die Streikbrecher einmal anzusehen, war der Platz an dem diese die Leute arbeiteten, in weitem Kreis von der Polizei abgesperrt. Ein großer Teil der Streikbrecher stellte auf die Arbeit ein, weil sie nicht unter Polizeiaufsicht arbeiten wollten.

In allen Konflikten bemüht sich die Arbeiterschaft, wenn irgend möglich auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Übereinkommen zu gelangen; sie kann sich jedoch nicht, angeichts des zu erwartenden industriellen Aufschwungs, auf fünf Jahre mit ganz unzureichenden Löhnen an Arbeitsverträge binden, wie es durchgehends die Absicht der Deutschen Arbeitgebervereinigung ist, die sie legt, wo es mit der Arbeitsgelegenheit noch immer sehr schlecht bestellt ist, mit aller Gewalt durchzusetzen sucht.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig ebenso groß wie vor einem Jahre. Die Gewerkschaften haben dieser Lage Kopenhagen eine allgemeine Arbeitslosenstatistik aufgenommen, und das Ergebnis ist, daß in der Hauptstadt in 98 Gewerkschaften von 42 385 Mitgliedern 8966 oder 21,15 Prozent arbeitslos sind. Von diesen sind 41,8 Prozent nicht oder nicht mehr unterstützungsberechtigt. Um ihnen zu helfen, hat man außerhalb der Gewerkschaften eine Sammlung außerordentlicher Unterstützungsmitte veranstaltet, die jetzt bereits über 1000 Kronen ergeben hat. Um sie möglichst nutzbringend zuwenden, werden die Unterstützungen meist in Naturalien gegeben. Es erhält jeder, der dafür in Betracht kommt, eine Tasch- oder Specklari in Werte von 2 Kronen, eine Brotte im Werte von 1 Krone samt 2 Kronen in bar.

Übrigens wird die Stadtvorordnetenversammlung Kopen-
gens demnächst auf Vorschlag des Registrars übermals
1000 Kronen zu weiterer Hilfe für die Arbeitslosen be-
liehen.

Soziales.

Schauspielerinneuelend. Vor dem Münchener Schöffen-
gericht kam am Freitag eine Beleidigungsklage zum Aus-
trag, die der Redakteur Genosse Gruber von der „Mün-
chener Post“ gegen den Redakteur der Wochenschrift „Kleines
Journal“ angestrengt hatte. Den Anlaß dazu gab eine
Kritik über die Verhältnisse hinter den Kulissen des Münche-
ner „Kleinen Theaters“ und über die Pascharirtschaft, die
der frühere Direktor Hermann Wagner gegenüber seinen
weiblichen Angestellten ausübt. Als Antwort auf die Ac-
tikel erschien in der Wochenschrift ein Artikel, der gräßliche
Beschimpfungen enthielt. Die Beweisaufnahme ergab ein-
erschreckendes Bild von der Pascharolle, in der sich der Herr
Theaterdirektor gefiel. Eine Schauspielerin befandete bei
ihrer kommissarischen Vernehmung, sie sei mit 200 Mark
engagiert worden. Die Direktion habe jedoch die Gage bald
auf 150 und 120 Mark herabgedrückt. Oft habe sie
an einem Abend in verschiedenen Rollen sechsmal auf-
treten müssen und die dazu nötige Garderobe
selbst beschaffen müssen. Der Direktor habe sie so
lange mit Liebeserklärungen verfolgt, bis sie sich
ihm schließlich hingegeben habe, da er erklärte,
sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Aus
dem Verhältnis sei ein Kind entsprossen. Da
Wagner für das Kind nichts zahlen wollte,
geriet sie in tiefe Not. Die Mutter dieser Zeugin
bekundete, daß Mitglieder des Theaters erzählt hätten,
Wagner habe 14 außereheliche Kinder, im
Theater habe er eine Schauspielerin vergewal-
tigt. Eine andere Schauspielerin befandete, daß Wagner
ihr früher Schauspielunterricht erteilt habe, für den sie 50
bis 70 Mark monatlich bezahlen mußte. Schon
während dieser Zeit sei Wagner zu ihr in Beziehungen ge-
treten, die auch noch fortgesetzt wurden, als sie am Kleinen
Theater mit einem Monatsgehalt von 100 Mark
engagiert wurde. Der Direktor habe ihr erzählt, daß
alle Schauspielerinnen seines Theaters
eine Geliebten seien und ihr auch mitgeteilt, daß
er Vater mehrerer außerehelicher Kinder sei. Wieder eine
Zeugin beeidete, daß sie sich in den intimen Verkehr mit
Direktor Wagner führen müsse, weil sie in jeder Be-
ziehung von ihm abhängig war. Herr Wagner be-
tritt natürlich bei seiner kommissarischen Vernehmung in
Frankfurt am Main, sich gegen die Mitglieder seines Theaters
ungeeignet benommen zu haben. Die Verhandlung endete
mit der Verurteilung des Redakteurs Bauerneisen und zu
einer Geldstrafe von 75 Mark. Das Gericht war der Ans-
icht, daß die Behauptungen der „Münchener Post“ wahr seien.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein teures Gesuch. Der Bureauvorsteher eines Berliner Rechtsanwalts, H., hatte aus seiner Empörung über die Moabiter Polizeiaffären heraus an den Reviervoistand seines Bezirks ein Schreiben mit dem Gesuch um Ausstellung eines Waffenbeschreibes gerichtet. Dieses Gesuch war in eine beleidigende Form gefleidet. Es ließ darin unter anderem:

Mit Rücksicht auf die skandalösen Ausschreitungen der Polizei, die in den Moabiter Prozessen festgestellt worden sind, ersuche ich um Ausstellung eines Waffenscheines, damit ich, wenn ich von den sogenannten Schutzleuten angegriffen werde, mich wehren kann. Ich bin nicht gewillt, mich zum Krüppel schlagen zu lassen, sondern will mich in den Stand setzen, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, auch ein Verteidigungsmittel gegen Attacken der sogenannten Polizeihunde haben."

Diese „Bedeckung“ durfte natürlich nicht ungerochen lieben. Sonst wäre ja der Ehrenschild der Polizei, die reilich den toten Arbeiter Hermann auf dem Gewissen hat, nicht blank. Der Bureauvorsteher wurde also vor die Strafammer zitiert. Der Staatsanwalt hielt dem Angeklagten zu gute, daß er anscheinend ein nervöser Mann sei, und vertrugte 400 Mk. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. Der Berichtshof verurteilte den Angeklagten zu 200 Mk. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis. Nun strahlt der polizeiliche Ehrenschild wieder bis in die fernsten Winkel von Moabit!

Ein frömmelnder Schwindler, der „Missionar“ Grünbaum, hatte sich vor dem Schöffengericht in Halle wegen vortgesetzter Beträgereien zu verantworten. Der fromme Lügenverdreher bezog von einer Köthener Druckerei Tafelkärtchen, womit er bei denen, die nicht alle werden, ein Bombengeschäft mache. Für 10 000 seiner Witze zahlte er zum 120 Pf. Seinen 10 bis 15 Kolporteuren, die „im Namen der Deutschen Missionsgesellschaft“ verkündeten, daß es ein gutes Werk verrichteten und daß mit dem Erlös arme Leute unterstützt würden, zahlte der augenverdrehende Säumer drei Prozent vom Umsatz. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Grundmann einen jährlich ein Gewinn von über 8000 Pf. hatte. Er lebte herrlich und in Freuden, während seine Autreiter sich mit lungenkranknigen begnügen mußten. Der Mensch besaß noch die Unschuld, zu behaupten, daß ihm die Absicht des Betrugs entgelegen habe, vielmehr habe er sich berufen gefühlt, das „Evangelium“ zu verkünden und in die Häuser zu tragen. Der 26 Jahre alte Himmelsgäuner war früher bei der Heilsermee, dann bei der Berliner Stadtmision und trat an verschiedenen Orten als „Missionar“ auf, nachdem er vorher schon in einer Trinkerheilstätte aufgehalten hatte. Durch Veröffentlichungen des „Halleschen Volksblattes“ wurde die Staatsanwaltschaft auf das Treiben des famosen Evangelisten aufmerksam gemacht. Der Amtsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die große Raffiniertheit des Betrügers acht Monate Gefängnis, Geldstrafen und Ehrverlust. Das Schöffengericht konnte auf einen Monat Gefängnis.

Soldaten-Frenden. Vor dem Schöffengericht in Meiningen wurde am letzten Freitag gegen den Oberbereiter des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen, Jänisch, verhandelt. Jänisch war trotz seiner Eigenschaft als Zivilangestellter Vorgesetzter einer Anzahl von Soldaten, die zu Stalliensten abkommandiert waren. Er hat seine Untergebenen lehrfach beleidigt und auch mishandelt. Beschwerden beim Hofmarschall, bei der Erbprinzessin und beim Herzog blieben ohne Antwort, bis einer der Betroffenen im Privatbeleidigungsvorfahren Klage gegen Jänisch erhob. Ausdrücke wie "Schweinebande", faules Pack, zusammengelaufene Gesinn', Lumpenpack" wurden vom Angeklagten teils bestritten, als will er durch die Unordnung und Nachlässigkeit der Leute dazu "gereizt" worden sein. Einen Mißhandel, den ein Genie gepackt und gegen ein Pferd gestoßen wurde, soll Jänisch nur "geführt" haben. Ein Beweisantrag, daß Jänisch ja h e l a n g u n d g e w o h n h e i t s m ä ß i g die abkommandierten Soldaten schwer beleidigt und mishandelt habe, lehnte das Gericht ab; er habe mit der vorliegenden Sache nichts zu tun. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung zu ganzen 15 Pf. und wegen

Aus Nah und Fern.

Vom blutroten Republikaner zum Erzreaktor. Als Achtundvierziger-Griinnerungen gab kürzlich der frühere preußische Landwirtschaftsminister v. Hammertstein-Vorzen in Hannover zum besten. Er kam auf seine mit Miquel verlorenen Göttinger Studienjahre. Es war eine tolle Zeit. Miquel verlor eine Volksversammlung um die andere ein, die er leitete. Darauf wurden nach seinem Diktat Beschlüsse des sozialen Volkes vollzogen. Den Superintendenten Rössing lud er vor das Forum einer solchen Versammlung, als der von der Kanzel herab einige ahnungslose Redensarten über die Neuerungssucht der Zeit gemacht hatte. Rössing kam auch. Er erhielt einen Verweis, mußte seinen Dank aussprechen für die gnädige Strafe und Miquel rief: "So regiert das so vorzexane Volk!" Studenten, Professoren, Bürger: sie alle trugen damals Waffen. Unser guten Professor Wiesbold trafen wir, wie er am Westtor als Bürger weiterhin in Pilszentoffe in Schlägeln stand: er litt nämlich an Podagra. Diese Bürgerwehr war eine gewaltige Truppe. Einmal bot Miquel sie auf, als eine seiner Versammlungen von Gegnern gesprengt werden sollte. Die Wehr ließ sich aber von Miquels Gegnern glänzend in die Flucht schlagen und rieb aus, was das Leder hieß. Als Strafe für die Bürger wegen ihres schlappens Verhaltens bestrafte Miquel, daß die Göttinger Bürger keine Dienstmaiden mehr sollten halten dürfen. Die Dienstmaiden mußten denn auch aufs Land zurückkehren, und Bürger, Professoren und Studenten mußten sich ihre Betten selbst machen. Erst als die Not auf höchste gestiegen war, ließ der studentische Diktator sich erweichen, das Ausweisungsbetret zu zurückzunehmen. Die Mädchen wurden dann von der Studentenschaft feierlich eingeholt. Miquel und ich waren damals Freunde. Auch ich bin, wie er, aus dem roten Republikaner von 1848 ein "toller Reaktionär" geworden, allerdings zu einem in heute geistig geschwächten Zustand. Das letztere ist ecklich, denn der "toller Reaktionär" ist jetzt 88 Jahre alt.

Vorsicht beim Unterschreiben. Das Zimmermädchen D. im Hotel "Rönenhof" zu Wiesbaden klage beim Gewerbeamt gegen den Besitzer auf Zahlung von 54 Mark Entschädigung wegen sofortiger Entlassung. Im Termin legte der Direktor des Hotels ein Formularbuch vor, in welchem die Klägerin die vorgedruckte Erklärung unterschrieben hat: "dass sie alles richtig empfangen und keinerlei Ansprüche mehr zu machen hätte." Es ist dies jene Formel, die der Verein der Hotel- und Badehausbesitzer auf Anträgen eines Juristen vereinbart hat, um den vielen Klagen am Gewerbeamt auf eine "seine" Art die Spur abzubrechen. Es ist bedauerlich, daß der Vorsteher des Gewerbeamts so ohne weiteres sämtliche Klagen, bei welchen solche Vorentscheidung vorgelegt wird, abweist oder für ausichtslos erklärt, ohne Prüfung der näheren Ursachen, wie die Unterschriften zustande kommen. Deshalb Vorsicht bei Unterschriften. Wenn die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Differenzen erfolgt, so kommt meistens der Direktor oder Oberkellner, legt das Formularbuch vor und verlangt in barschem Tone: "Hier unterschreiben." Die Lustreden, vielfach erregt, machen nicht lange Umstände, sind womöglich froh, daß sie dem Hause den Rücken kehren können, und unterschreiben, ohne eine Ahnung davon zu haben, was sie unterschrieben haben. Nachher klagen sie, allerdings zweitlich, ohne Erfolg.

Eine Folge mangelnden Arbeitserinnerungsschutzes. Einen gräßlichen Unfall erlitt das 16-jährige Dienstmädchen aus einer Mutter von Grottau, die bei dem Bauerntumsgutsbesitzer Bichweger in Endersdorf, Kreis Grottau, im Dienste stand. Bichweger ließ mit der Göpeldreschmaschine in der Scheune dreschen, wobei auch die Mutter beschäftigt war. Während der Arbeit wollte diese die Spreu unter dem Dreschfutter entfernen. Sie bückte sich unter die Maschine, kam hierbei mit ihrem Kopftuch dem Getriebe zu nahe, so daß dieses erfaßt und ihr mit Samt der Kopftuch vom Kopf gerissen wurde. Die Bedauernswerte ist vollständig skaliert, auch ist ein Stück des Schädelknorpels ausgeschlagen und das Gehirn bloßgelegt. Sie ist in das Kreiskrankenhaus geschafft worden, wo sie schwer krank daniedereilt.

Mißbrauch der Volkszählungsslüsten durch einen Pfarrer. Mit dem seinerzeit gemeldeten Missbrauch der Volkszählungsslüsten für kirchliche Zwecke durch den Pfarrer Haub hat sich am Freitag der Stadtrat von Ludwigsburg beschäftigt. Die Untersuchung, die auf Verlassung des Stadtrats durch die Polizeiinspektion vorgenommen wurde, hat ergeben, daß ein dem Pfarrer blindlings ergebener Stadtdekan sich in diesem Gouvernement in den Besitz eines Duplikatschlüssels zu der Geschäftsstelle des Bürgermeisteramtes zu legen wußte, wo die Volkszählungsslüsten jenes Bezirks aufbewahrt wurden. Der Gemeindebeamter drang dann an drei Abenden nach Büroschlüßen in die Geschäftsstelle ein und brachte die Listen dem Pfarrer, der sich für keine kirchlichen Zwecke (Feststellung von Misschören usw.) Abschriften und Notizen daraus anfertigte. Bei dieser Arbeit mühte der Schulhausmeister behilflich sein, der sich, weil er in dem Pfarrer als Schulinspektor seinen Vorgesetzten erachtete, auch hierzu missbrauchte. Die aus Sozialdemokraten und Liberalen bestehende Mehrheit des Stadtrats beschloß wegen der standeswidrigen Handlungweise des Pfarrers gegen ihn und seine beiden Helfer einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch bzw. Verleitung und Beihilfe zum Hausfriedensbruch zu stellen. Dem Herrn Pfarrer wird so vielleicht vor Gericht plausibel gemacht werden können, daß die Karte keinen Freibrief für Gesetzesverstöße bedeutet.

Vom Gase bestaubt. Wie aus Günzburg bei Gessertshausen gemeldet wird, wurden auf dem Gut Schulte-Hordelhoff beim Reinigen eines Brunnens zwei Knechte durch austströmende Gase bestaubt. Der eine konnte nur als Leiche geborgen werden, der andere starb im Krankenhaus.

Die beleidigte Majestät. Gegen den Genossen Münniger in Rathenow ist ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Am 22. Januar, dem Wahltag, kam er in seinem Referat mehrere Male auf den König als den höchsten Diener des Staates zu sprechen. Als geborener Schwabe sprach Münniger das Wort "höchsten" aus. Die Überwachenden, ein Söldner und ein Amtsdienstler, wollten statt "höchsten Diener" "herrndienst" verstanden haben und erstatteten Anzeige. Der Angeklagte meint sich ganz entschieden dagegen, so wortiges Zeug gesagt zu haben. Man darf neugierig sein, ob sich die Staatsanwaltschaft wirklich bereit finden wird, den kuriosen "Szenenprozeß" weiter zu verfolgen.

Ein tödlicher Automobilunfall. Montag nach fiel in Triest ein mit sieben Personen besetztes Automobil in den Kanal Grande. Eine Person wurde getötet, sechs andere wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Ein unmenschlich. Ein furchtbare Verbrechen ist am

gewaltsame Weise treiben, um die Kollekte beitreten zu können. Er schob Frau und Kind in das Schloßzimmer ein und stieß es das Gebäude in Brand. Beide wurden mit schwierigen Bränden verwunden nach dem Hospital gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung starben. Der Verbrecher wurde verhaftet.

Wörtlich genommen. Zu einem heiteren Amüsienfall kam es dieser Tage im Verhandlungsaal des Amtsgerichts Greußen im Schwarzwäldischen. In der Verhandlung angelegenheit eines Händlers war der Sohn zur Vernehmung geladen worden. Als aber der etwa 14 Jahre alte Junge bei seinem Aufrufe im Saale erschien, brach eine unhandige Heiterkeit los, und selbst der Richter hatte große Mühe, ernst zu bleiben. Der schmächtige Körper des Jungen verschwand fast unter einem großen, weiten Gehrock, der bis auf die mit großen Stiefeln bekleideten Füße herabfiel. Im gleichen Umfang waren die Hosen, der Kragen und der unsymmetrische Hut gehalten. Außerdem trug der sonderbare Zeuge einen gewaltigen Stock in der Hand. Auf die entrüstete Frage des Vorwurfs, wie er sich unterstellen könne, in einem solchen Aufzug vor Gericht zu erscheinen, meinte der arme Junge schüchtern, das stände doch in der Ladung vorgeschrieben. Allgemeine Erstaunen. Der Kleine aber schürzte den langen Arm zurück und suchte eine Weile eifrig in den tiefen Taschen herum, bis er endlich tief aufatmet und die Ladung zum Vorschein brachte und mit triumphierender Miene auf die Worte zeigte, welche ihm befohlenen: "In Sachen Ihres Vaters."

Vorsichtsmakreule. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 18. Februar, nach der alle aus den chinesischen Häfen kommen den Schiffen und ihre Insassen bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen sind.

Unwetter auf Sizilien. Nach einer Meldung aus Catania ist über die Stadt Agira, die innen der Insel Sizilien liegt, ein Wirbelwind hinweggegangen, der die Franziskanerkirche und die alte Petrikirche schwer mitgenommen hat. Beide Gebäude sind teilweise eingestürzt. Die Mönche entkamen nur mit Mühe dem Tod. Auch in der Stadt hat das Unwetter an den Häusern großen Schaden angerichtet.

Gereitet. Die drei in der Kohlengrube "Concordia" eingeschlossenen Bergleute wurden lebend geborgen.

Reiheit. Das in Mühlberg (Oberfranken) erscheinende liberale Blatt bringt einen Bericht über eine in Thurnau bei Kulmbach stattgefunden Versammlung des Bundes der Landwirte. Dieser Bericht enthält folgende Stelle: "Herr Senior Brügel, Kasendorf, sprach über die Sozialdemokratie und begrüßte es, daß Bebel am Ende sei und nun Gott sei Dank bald hinsiehe." Dieser Senior ist evangelischer Pfarrer! Der nationalliberale Hofrat Dr. Scheiding aus Hof, einer der Führer der oberfränkischen Nationalliberalen, gab im Anschluß an diese Rede seiner Freude Ausdruck über den sächsischen Verlauf der Versammlung. Es dürfte genügen, diese Reiheit niedriger zu hängen. Überdies ist Genosse Bebel momentan so mobil, daß der christliche Bund dieses evangelischen Pfarrers hoffentlich noch recht lange nicht in Erfüllung gehen wird.

Zwei Frankfurter Ausflügler totgeschlagen. Auf der Station Goldstein sind Sonntag abend gegen 18 Uhr zwei Herren aus Frankfurt a. M. von einem Rangierzug überfahren und getötet worden. Der Vorgang spielt sich, wie der "Frankfurter Zeitung" berichtet, folgendermaßen ab: Als der Personenzug Mainz-Frankfurt um 7 Uhr 25 Minuten in die Station Goldstein einfuhr, liefen von der Waldseite her drei Herren quer über die Gleise, um den Zug noch zu erreichen. Sie hatten sich wahrscheinlich verzögert und die Gleisanlagen von der entgegengesetzten Seite aus betreten, was streng verboten ist. In diesem Augenblick fuhr eine mit einer Maschine betriebene Rangierabteilung an. Zwei der Herren wurden von der Maschine erfaßt, überfahren und auf der Stelle getötet, der dritte konnte noch rechtzeitig zur Seite springen. Die Leichen wurden im Warteraum der Station untergebracht, wo sie bis zum Eintreffen der Staatsanwaltschaft verblieben. Die Verunglückten sind der Lehrer an der Soffen-Schule Ludwig Briefer und der Inhaber einer Metallgießerei und Dreherei Karl Lauffel.

Dem Tiefel erlegen. Der katholische Pfarrer Karl Pöppel in Wopfing in Niederösterreich ist von dem Kreisgericht Wiener Neustadt wegen Veruntreuung in Untersuchung gezogen worden. Es fehlen in der von ihm verwalteten Kirchen- und Gemeindekasse gegen 12 000 Kronen.

Genossenschaftsbewegung.

Hausbau und Konsumvereine. Kürzlich äußerte sich der Direktor des Hansabundes, Oberbürgermeister Knobloch, in einer nationalliberalen Versammlung in Berlin über das Verhältnis des Hansabundes zu den Beamtenkonsumvereinen. Das Organ des Hansabundes berichtet darüber folgendes:

Er betonte zunächst, daß dem Hansabund nichts fernliege als Feindseligkeit gegen die Beamten. Im Gegenteil gehörte es zu seinen Prinzipien, den leider hier und da bestehenden Gegensatz zwischen Bürgern und Beamten dadurch auszugleichen, daß jeder Teil für Wert und Bedeutung des andern im Staatsganzen behalte und dadurch

das Gefahr der Zersetzung von Natur aufeinander angewiesener bürgerlicher Stände schwinde. Eben aus dem Grunde, zum nicht geringsten Teil im Interesse der Beamtenschaft selbst, warne der Hansabund vor einer Ausdehnung des Beamtenkonsumvereinsgedankens, der in der Konsequenz d. h. in der Organisierung von 2 Millionen Beamten zu Einkaufsvereinen, eine Gefahr nicht nur für die Detailisten und Handwerker, sondern für die Beamtenschaft selbst bilde. Der Beamte siehe an sich schon durch seine Machtvollkommenheit, durch Abschluß im Bureau und Altenheim, vielfach auch sozial nicht in enger Füllung mit dem Kaufmann, wisse nicht, was es in heutiger Zeit eigentlich heißt für den Kaufmann ehrlich und zugleich mit Nutzen zu arbeiten, daß wenn der Beamte auch außerhalb des Büros wieder in seiner ganzen wirtschaftlichen Lebensführung unter sich sei und dielebe, womöglich in Wohnungsgenossenschaften zusammengekommen, auch in besonderen Vierteln wohne, dann auch die legten Fäden zerrißten würden, die Bürger des selben Staates und derselben Stadt, Beamte und Kaufleute, verbinden müssten. Darum zu arbeiten, daß solche außerliche Konsequenzen vermieden würden, sei Pflicht jedes Staatsbürgers, dem das Wohl des Ganzen über dem Wohl einzelner steht; deshalb trete der Hansabund da, wo ein lebensfähiger Kaufmannstand besteht und wo keine dringende Notwendigkeit vorliege, dafür ein, daß die Bildung von Beamtenkonsumvereinen unterbleibe. Das Beispiel von Meg wurde besonders zitiert und erörtert.

Die Ausführungen des Herrn Knobloch sind höchst widersprüchlich. Er gibt einmal offen zu, daß er in der Ausdehnung des Beamtenkonsumvereins eine Gefahr für Details und Handwerker sieht, nebst dann aber die Ge-

schäfte, die in dem Abschluß der Beamten liegt, in den Vordergrund. Besondere Beamtenkonsumvereine sind nun in der Tat wenig wertvoll, da sie meist eine unnötige Versplitterung der Konsumvereinsbewegung bedeuten, so lange man aber die Beamten aus den allgemeinen Konsumvereinen systematisch fernhält wird man die Gründung von Beamtenkonsumvereinen nicht verhindern können. Das offizielle Weise der Beamte dem gewöhnlichen Leben entstremmt wird, ist jedoch völlig unzutreffend; im Gegenteil, die Verwaltungsmitglieder eines Beamtenkonsumvereins werden für das geschäftliche und gewöhnliche Leben ungemein mehr Verständnis haben als ein Beamter, der nach gutem alten Brauch von der Frau oder vom Dienstmädchen beim nächsten Krämer laufen läßt. Das ganze Vorgehen des Hansabundes läßt sich nur daraus erklären, daß er die Mittelstandsclüche, die auf die Konsumvereine schlecht zu sprechen sind, für sich einsingen möchte, den Unstimm der Herren vollständig mitzumachen und für die Beamtenschaft ein Verbot der genossenschaftlichen Betätigung überhaupt zu fordern, was er jedoch nicht, deshalb verschont, er sich hinter dieser angeblichen Wahrung der Interessen der Beamtenschaft selbst. Da man jedoch aus allen Kundgebungen deutlich herausspürt, daß Rücksicht auf die Konkurrenz, die den Detailisten von den Beamtenkonsumvereinen gemacht wird, ausschlaggebend ist, wird man den Beteuerungen des Burdes, daß er die allgemeinen Rechte der Beamten achtet, wenig Glauben schenken.

Spiegelstaat.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Arbeiter-Stenographen-Verband, Stolze-Schrey.

Wie in allen größeren Städten, so gibt es auch in Bremen eine sehr große Zahl von Genossen, die kurzschriftündig sind. Insbesondere ist es das System "Stolze-Schrey", welches nicht allein im Deutschen Reich seit einigen Jahren, seit die höchste Unterrichtsschrift aufweist, sondern gerade in den Hansestädten fast zur Alleinherrschaft gelangt ist.

Wer sich über die Stenographie bedienen will, muß für gründliche Übung und Weiterbildung sorgen, und dazu dienen die Stenographenvereine. Gegen den Anschluß an einen bürgerlichen Verein haben nun die meisten Genossen eine gewisse Abneigung, und so wird es für viele von Interesse sein, daß der Arbeiter-Stenographen-Verband "Stolze-Schrey" hier eine Mitgliedschaft begründen will. Genossen, die Kenner des genannten Systems sind und sich beteiligen wollen, werden gebeten, ihre Adresse bei Redakteur F. Stelling, Johannisstr. 46, einzureichen.

F. A. F. Haagenow, 1. Vors.
Hamburg, Annelmannstraße 13 III.

Allerlei Wissenswertes.

Maschinenbetrieb in der Landwirtschaft.

Die Produktion von Nahrungsmitteln, namentlich die Verarbeitung von Milch wird in mehr und mehr umfassender Weise durch die Einführung von Maschinen unterstützt. Ganz rapid ist die Einführung der Milchenträger (Separatoren) vor sich gegangen. Allein in Preußen vermehrten sie sich von 48 084 im Jahre 1895 auf 280 000 im Jahre 1907, also in 12 Jahren auf das Fünffache. Am stärksten war die Zunahme in den kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betrieben. In den Parzellenbetrieben (unter 2 Hektar Fläche) vermehrten sie sich von 2874 auf 9664, in den kleinbäuerlichen Betrieben (2 bis 5 Hektar) von 6001 auf 40 877, in den mittelbäuerlichen Betrieben (5 bis 20 Hektar) von 30 305 auf 119 124, in den großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 Hektar) von 15 381 auf 55 855, in den noch größeren Betrieben von 9523 auf 55 389. Auch durch die Gründung von Molkereigenossenschaften ist die Anwendung von Maschinen in der Milchproduktion stark gefordert werden.

Literarisches.

Bon dem auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Tuberkuloseforschung rühmlich bekannten Berliner Arzt Prof. Dr. Sommerfeld ist im Verlage von Alexander Schleie u. Cie., Berlin NW 8 und Stuttgart, eine 64 Seiten starke Broschüre: "Die Schwindsucht der Arbeitler, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung" erschienen.

Im ersten Abschnitte bespricht der Verfasser die Ursachen, das Wesen und die Bedeutung der Tuberkulose, sowie den Einfluß der verschiedenen Gefahren der Berufstätigkeit und der mannigfachen Krankheiten. Zustände des Körpers auf die Entwicklung der Seuche, möbel der gewerbliche Staub und die "Staublunge" mit besonderer Sorgfalt beprobt werden. Eigene Statistiken des Verfassers und wichtige Veröffentlichungen anderer Sachverständiger zeigen in dem zweiten Abschnitte die Verbreitung der Tuberkulose in den verschiedenen Berufsarten.

Der dritte Teil umfaßt die Maßnahmen, die zur Verhütung der Ansteckung und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Körpers erforderlich sind und schildert die Krankheiterscheinungen, hinter denen sich die Tuberkulose nicht selten verbirgt. Bemerkungen über Lungentuberkulose, Walderholungskräfte und Fürsorgestellen bilden den Abschluß der Broschüre.

Die Arbeit Sommerfelds ist nicht eine einfache Veröffentlichung der schon umfangreichen, volksüblichen Tuberkulose-Literatur, sondern bringt wertvolle neue Gesichtspunkte, die gerade er auf Grund zahlreicher langer Studien besonders beherrscht. Die Sprache ist einfach und klar die Darstellung.

Um eine weite Verbreitung der lehrreichen Schrift zu ermöglichen, ist von der gut ausgestatteten Broschüre, die im Buchhandel 1 Mt. kostet, eine Volksausgabe zum Preise von 20 Pf. (bei einem Bezug von mindestens 20 Exemplaren) hergestellt.

Die Ausstattung ist jedem, der sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessiert und der sich selber schützen will, vor allem den Arzten, Verwaltungsbeamten, Sozialhygienikern und der werktätigen Bevölkerung aus warmster Empfehlung.

Um eine weite Verbreitung der lehrreichen Schrift zu ermöglichen, ist von der gut ausgestatteten Broschüre, die im Buchhandel 1 Mt. kostet, eine Volksausgabe zum Preise von 20 Pf. (bei einem Bezug von mindestens 20 Exemplaren) hergestellt.

Die Ausstattung ist jedem, der sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessiert und der sich selber schützen will, vor allem den Arzten, Verwaltungsbeamten, Sozialhygienikern und der werktätigen Bevölkerung aus warmster Empfehlung.

Aus den Wochblättern.

Meines Gesprächs. Wie wäre es denn mit einem Gespräch, wie von Goldschmid? Aber Herr Architekt, hab ich Ihnen doch schon gefragt, daß ich mich mit meiner Familie bald längst lassen kann?

Auskunft. Eine Dame wurde kürzlich um Auskunft über eine Tochter gefragt. Sie antwortete unter anderem: Vor 15 Jahren diente sie als Kochin in dem und dem Hause. Damals gehabt etwas, was jetzt konfirmiert wird.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. Schwarze. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sammler in Bremen.

Gebr. Barg Tel.
Kohlmarkt 5 No.
Lübeck. 139

Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine
verlange man ausdrücklich die
erstklassigen Margarinemarken
der Firma A. L. Monr
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck,
Schniedestr. 2

Arb.- u. Berufs - K.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.
F. Jürgenssen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 1.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
Hüxstr. 34. Lieferant.
H. Kühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Richelsen, Königstr. 111, Tomb.,
Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lohbu. 49.
Dampf-B. u. Kondit.

Dampfbäckerei Hansa'
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, grube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 48.

Wilk. Hüper, Becker-
str. 36. H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.

R. Kasch, 52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.

Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 51a.
Schlum. St. 1. Sp. 1.

A. Metzmann, Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.

E. Reinbold, Eutin, Kielstr. 34.
Fein-, Fein-, Grobbäckerei.

Johns. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.
Reinfeld, Kirchsteig.

L. Schneemann, Fein-, Weiß-, Grobb-
u. Grobbäckerei.

Joh. Elvers, Schlutup, Lübeckerstr. 46.

Ad. Hinzelmann, Schlutup,
Westlostr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.

B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.

Herrn. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

EBARBY
Hüxstr. 11.
Zur Ruhe.

Georg Behnck,
Lübeck, Warendorpsstr. 4. Tel. 2126.

Central-Berndigungsanstalt
A. Brodersen, Aspermstr. 7. Tel. 1090.

L. Wiegert, in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn,
Wahustr. 79. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwartau, Allee 193.

G. Wackenhut, Fackenburg,
Lübeck, Rensefeld. Gr. Lager in
Lübeck, Holz- und Metallsäulen.

Besohlanstalten
C. Thiessen, Lübeck, Schwartau, 4.

Besohlanst. Elektric,
H. Fassach, Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa " J. Dettmann
Beckergrube 51.

W. Hinz, Schlomacherstr. 33.
Warendorpsstr. 20.

J. Höhne, Fünhausen 7.
Kipfer-
schmiedestr. 3.

Joh. Peters, schmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 3.

Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.

L. Duvre, Große Bangstr. 32.

J. Jürgenssen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 82.

Richard Wagner, Reinfeld.

Max Kankel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt an
Adler-Bier.

Alte Brauerei Lübeck
Lübecker-Biergarten, Brauerei.

Elbschloss, Hüxstr. 75.

Kohl-Schloss, H. A. Wallr.
Unterstr. 96. Fennstr. 126.

Lübecker
Hansa-Bier.

Leinenfabrik

Zur Walkenühle
H. Lück

speziell Lagerwaren in Schleifen
und Flecken.

Erscheint
dreimal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 August Scheere Tel. 8973
Hüxstr. 19. Tel. 8972.
Warendorpsstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcivalstr. 32. Tel. 8978.

H.E. Koch Möbelhäuser
bekannt i. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lieb. Solas, Stühle, Spieg.,
Matratzen. Musterb. grat. Lieb. frei.

Billigste Bezugsquelle für
Oien, Herde, Gaskocher, Gründelchen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breite-
str. 7.



Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

A. N.

Becker

Uhrmacher

Uhren und

Goldwaren

Spezialität:

Trauringe

Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Hausmann

Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermi., Repar.

F. W. Kuhb., gebr. Pian. in all. Preis.

Empfehlensw. Restaur.

Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankt. 38.

Gasthof am Kreuzweg,
E. Cordis, Seeretz.

Ross-Schlächter

Lübeck, Krähens. 15.

Heinr. Bibow, Pa. Röflischwaren.

Ob. Travell. Tel. 1664.

H. Dieckvoss, Sp.: Röflischwaren.

J. Gilde, Mar. - H. Beel-

steaks u. Gebacke

Dankwertsch. 34.

Ernst Wulff, Tel. 958.

Täglich frische Scheiben und Gebackes.

H. Wulff, Telefon 1149.

H. Jade, Schwartau, Bahnhofstr. 11.

Schirme u. Stöcke

E. Peterich, Pleifen, Schwartau.

Schreibwaren

Lübeck, Packenbg. Sand.

Heick & Schmalz, str. 11.

H. Hornbogen, str. 71.

Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.

Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.

M. Schläger, Glockengießerstr. 44.

Hans Struve, Königstr. 89.

Max Wischendorff, Hüxstr. 123.

Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

H. Ohde, Moisling.

Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.

K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

L. Schaap, Schwartau.

Schuhwaren

Lübeck, Marienstr. 2.

Mühlenstr. 34.

Baureinfeld, Auch Repar.

E. Baer, Speziell für Arbeiter.

Heinr. Beckmann, Schwartz. 1.

W. Blumenthal,

Kohlmarkt, Ecke Sandstr.

Schwartauer Allee, Ecke Gevedesst.

Balauerhoft 5.

P. Beeck, Maß Reparaturen.

Schwartauer Allee 4.

Carl Buckholz, Record-Stiefel.

Friedr. Busch, Mühlenstr. 27.

H. Fehlaur, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., str. 16.

Zum billigen Schuhladen.

Z. W. Kracht, Pfaffenstr. 15.

F. Meyer, Hüxterdamm 2.

Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.

Raetz & Kremin, Georgstr. 40.

Chr. Rebill, Schönekenquerstr. 25.

Billige Bezugsquelle.

H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.

Rudolph Karstadt, Eutin.

Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Johannes Hansen, Oldesloe.

Richard Wagner, Reinfeld.

J. Ramin, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.

Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trav.

Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren

Ott. Beier, Schlumacher-Strasse 4.

Schleifer, Siebel, Siebmacher.

Franz. Genzmer, Packenbg. All. 10b.

Friedr. J. Behr, Hansastr. 931.

J. F. B. Grube, am.

Martin Jürgens, str. 105.

Hohlschleiferei, Sp. Rastremesser.

Carl Rittscher, str. 34.

F. Wichmann, Hüxstr. 46. So-

nger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum

Carl Beulke, Lübeck, Vorteil. Bezugs-

zu lassen, da eine Gewähr dafür, daß wirklich Bedürftigen geholfen wird, in keinem Falle vorliegt.

pb. Diebstahl. Am Montag, dem 20. d. M., sind aus einem Hause der Lindenstraße folgende Sachen gestohlen worden: 1 silberne Remontoiruhr mit Goldrand, 1 goldene Remontoiruhr mit schwerer goldener Gliederfette. Die Uhr ist mit Sprungdeckel versehen, auf der Außenseite des Deckels sind die Buchstaben F. C. S. eingraviert, die Nummer der Uhr ist 5012, 1 dunkelgrauer Winterpaletot mit schwarzem Sammetkragen, schwarz und weißgefleistem Futter, Hornknöpfe, einreihig, 1 weißer Kragschoner, die beiden Enden sind grün durchwickelt, 1 Browning-Pistole in braunem Etui. Als Täter kommt ein Mann in Betracht, der sich von Offen nannte und in dem Hause ein möbliertes Zimmer gemietet hatte und nach Ausführung des Diebstahls verschwunden ist. — In der Zeit vom 9. bis 19. d. M. sind aus einem am Konstiplatz gelegenen Hühnerstall 17 Hühner und 4 Hähne gestohlen worden. Die Hühner haben schwartz-welzbäiges Gefieder. Die Hähne sind schwartzbraun.

pb. Gestohlener Hund. Seit Anfang Januar cr. ist ein wertvoller grauer Schäferhund verschwunden und vermutlich gestohlen worden. Der Hund ist sehr groß, er hört auf den Namen „York.“

Nationale Viehseuche. Unter dem Rindviehbestande des Hufners F. Ehlers in Sierksstraße ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Im Verein für Gesundheitspflege findet am Freitag, dem 24. Februar, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Hohenzollern“, Hüxstraße, die diesjährige Generalversammlung statt. Vorstandswahlen, Jahresbericht, Abrechnung, Haushaltungsplan usw. stehen auf der Tagesordnung. Der Vorstand erwartet recht zahlreichen Besuch. Alle Wünsche für das neue Vereinsjahr können in dieser Versammlung vorgebracht werden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt bei kleinen Preisen die erfolgreiche Operette „Die geschiedene Frau“ von Leo Fall zur Aufführung. — Am Donnerstag, abends 7 Uhr, geht als 4. Vorstellung im Wagner-Zyklus die Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ in Szene. — Für Freitag befindet sich W. Shakespeares Schauspiel „Ein Wintermärchen“ mit der Musik von Friedrich v. Flotow in Vorbereitung. — Am Sonnabend gelangt als Fortsetzung des Wagner-Zyklus der Vorabend vom „Ring des Nibelungen“: „Das Rheingold“ mit Alois Pennarini vom Hamburger Stadttheater als Gast in der Partie des „Loge“ bei gewöhnlichen Opernpreisen zur Aufführung. — In Vorbereitung befindet sich die große Gefangen-Posse „Der Revisor auf Reisen“ von L'Arronge und G. von Moser, Musik von R. Bial mit dem Charakter-Komiker Carl William Müller als Guest in der Titelrolle.

Moisling. Eine große Volksversammlung, die so stark besucht war wie seit langen nicht, tagte am Sonntag nachmittag im Saale von Schreibers Kaffeehaus. Genosse August Kirsch-Hamburg referierte über: „Die politische Lage und die kommende Reichstagswahl.“ Wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen sprach, und wie stark er sie für den kommenden Wahlkampf begeisterte, bewies der lebhafte Beifall, der seine vor trefflichen Aufführungen belohnte. Die Moislinger Arbeiter werden bei der nächsten Reichstagswahl ihre Pflicht und Schuldigkeit tun und unsere Organisation durch die Werbung neuer Mitglieder fortgesetzt verstärken.

Schlutup. Eine Volksversammlung fand am Sonnabend im Saale des Gasthofes „Zur Post“ statt. Genossin Leu-Schwartau sprach über das Thema „Volksbefreiung und Volksbefreiung“. Leider waren in der äußerst gutbesuchten Versammlung die Frauen nicht allzu zahlreich erschienen. Die Referentin gehörte in fast 1½ stündiger Rede die blaurote Gesetzgebung und die Bedrückung des Volkes durch die indirekten Steuern. Allgemeine Pfui-Rufe enttonen, als die Referentin die bekannten Worte des konserватiven Reichstagsabgeordneten Krebs kritisierte, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie auf die Faulheit. Die Referentin legte zum Schluss noch die Bestrebungen des Sozialdemokratischen Vereins klar. Endloser Beifall lohnte die vor trefflichen Aufführungen. In der Diskussion ergriff Genosse Dr. Schloemer-Lübeck das Wort. Er kam auf die Presse zu sprechen und wunderte sich, wie es überhaupt noch möglich sei, daß im Hause eines aufgeweckten Arbeiters die bürgerlichen Blätter zu finden sind. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es, in seinem Heim dafür zu sorgen, daß nur die Arbeiterpresse Beachtung findet, in diesem Hause der „Lübecker Volksbote“! Genosse Dr. Egloff riette an die Versammlung, besonders an die Frauen, das Erluchen, die am Orte bestehende Arbeiter-Bibliothek recht fleißig zu benutzen, zumal die Benutzung derselben vollständig kostenlos sei. Die Bücherausgabe erfolgt Sonnabends von 8—9 Uhr, abends im Gasthof zur Linde, früher freie. Genossin Leu ergänzte in einem Schluswort noch verschiedene Teile ihres Referats und endete mit einem

begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Mit dem Absingen des Sozialistenmarsches schloß die Versammlung. Für uns Schlutup-Vorsteher genossen soll diese Versammlung ein Ansporn sein, weiter zu arbeiten und zu agitieren. Hat diese Versammlung uns zwölf Neuaufnahmen gebracht, so müssen es doch noch viel mehr werden. Wir haben nun den Grundstein gelegt zur Organisation der Frauen und wir wollen nicht rasten und ruhen, bis wir den Indifferenzismus besiegt haben. Es sollte die Aufgabe eines jeden Parteigenossen und jeder Genossin sein, tapfastlos für unsere Ziele zu agitieren, zum Wohle des arbeitenden Volkes.

Altona. Wieder rankerott. Die Altonaer Wachsbleiche, die erst vor 8½ Jahren unter dem Kommerzienrat Adolf Möller mit mehr als 9 Millionen Mark Kapital in Konkurs geriet und später von einem Konkurrenten saniert wurde, hat abermals ihre Zahlungen eingestellt und steht vor dem Konkurs.

Kiel. Verurteilter Soldatenkind. Das Obergerichtsgericht der Hochseeflotte verurteilte den Oberleutnant zur See Smart vom Linien Schiff „Braunschweig“ wegen vorschriftswidriger Behandlung und Bekleidung Untergebener zur Dienstentlassung und zu vier Monaten Gefängnis.

Rostock. Ein Weckruf an die Justiz. Genosse F. Starosson richtet in der „Meckl. Volkszeitg.“ einen offenen Brief an den Landgerichtsdirektor Kerstenham, der in den Güstrower Meineideprozessen als Staatsanwalt fungiert und in der Schwurgerichtssitzung am 17. März 1900 die Anklage gegen den unglücklichen Holst vertreten hat. Genosse Starosson zählt noch einmal alle Momente auf, die dafür sprechen, daß alle Schlussfolgerungen, die damals zur Fällung des Schuldspruchs führten, falsch waren und versichert, daß Holst, der die furchtbare Strafe von drei Jahren Zuchthaus voll verbüßt hat, völlig unschuldig war. Der offene Brief schließt wie folgt: „Herr Landgerichtsdirektor Kerstenham! Es ist der Beweis jetzt ein schütziger, daß Ihre Anklagerede vor dem Schwurgericht in Güstrow gestützt war durch eine Annahme, die nicht die objektive Wahrheit liefert hatte, sondern die Selbstläufschung des Belastungszeugen.“ Herr Landgerichtsdirektor Kerstenham! Der unglaubliche Holst hat seine dreijährige Zuchthausstrafe völlig unschuldig verbüßt! Überzeugt Sie dieser Brief nicht, so verweise ich auf die in den Jrs. 37, 38, 39 und 41 der „Meckl. Volkszeitg.“ veröffentlichten Artikel und erkläre mich außerdem hierdurch bereit, Ihnen jede gewünschte Auskunft zu geben, oder zu verschaffen. Herr Landgerichtsdirektor Kerstenham! Ich habe diesen Brief aber nicht nur geschrieben, um Sie zu informieren. Sie zu überzeugen von der Unschuld des unglücklichen Holst. Ich verfolge noch einen größeren Zweck mit diesem Brief an Sie. Herr Landgerichtsdirektor Kerstenham, dieser Brief will nichts Geringeres, als Sie zu dem Vorsatz bringen, dem unglücklichen Holst beizustehen in seinen Bemühungen, seine Ehre herzustellen! Holst hat durch das Zuchthausurteil, das Sie gegen ihn erwirkten haben, all die Jahre hindurch schwere körperliche und seelische Qualen erlitten. Dafür kann er nicht schadlos gehalten werden! Über seine Ehre kann ihm wiedergegeben werden! Herr Landgerichtsdirektor Kerstenham! Helfen Sie als Mensch zum Menschen dem unglücklichen Holst mit Rat und Tat in seinen von den edelsten Gefühlen getriebenen Bemühungen, das Wiederaufnahmeverfahren in Fluss zu bringen, begeistern Sie sich zu dem behren Entschluß, dem Holst Ihre juristischen Ratschläge zu geben, befreien Sie sich mit dem unabzähnbaren Drang, teilzunehmen an dem Sieg der Wahrheit! Herr Kerstenham! Sie haben hier Gelegenheit, ein gutes Werk zu tun! Es ist ein schlimmes Zeichen für unsere Rechtsverhältnisse, daß es solcher Aufforderungen überhaupt bedarf, um die Justizbehörden anzuhalten, ihre Pflicht zu tun. Die Antwort des Landgerichtsdirektors auf den offenen Brief hat nicht lange auf sich warten lassen, aber sie ist auch das nach. Herr Kerstenham schreibt, daß er die Bemühungen des unglücklichen Holst um Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens nicht unterstützen könne, da dieses Verfahren seinem amtlichen Einfluß entgegen setzt; er halte es für ausgeschlossen, privativ einzutreten. Dazu bemerkte Gen. Starosson mit Recht, daß Herr Kerstenham an der Betätigung der Menschlichkeit keine amtliche Eigenschaft hindere, zumal er sich davon überzeugt haben müsse, daß ein Unschuldiger ins Zuchthaus gebracht worden sei. Kerstenham war der Staatsanwalt, der gegen den unglücklichen Holst das Schuldig beantragt hatte.

Standesamtliche Nachrichten vom 12. bis 18. Februar 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
6. Februar. Biegler W. L. Busch. 7. Eisenbahn-Assistent
H. M. W. Witte. Schachter A. H. H. Koskel. 8. Arbeiter
F. H. F. Rath. 9. Mecklenb. Ober-Zollstettar D. H. H.
Tilse. Schiffsoffizier H. M. H. Schmidtendorf. 10. Bureau-

Gesucht ein kleines Mädchen von
6—8 Jahren in kost und Pflege.
Öfferten unter W. J. an die Exped.
dieses Blattes.

1 Schraubstock

zu kaufen gesucht. Angab. m. Preis-
angebot unt. S. 92 an die Exp. d. Bl.

Ein Arbeiter-Haus mit Stall
und Gartenland zu verkaufen.

J. Schomann-Moisling,
Kürze Reihe.

1 Frühjahrspaleto u. Vertika
echt Nussbaum, zu verkaufen.
Friedensstraße 89. 1.

Einige Meter Kautz-n. Knüppel-
holz zu verkaufen.

Heinrichstraße 3.

Alle im Tapizierwaren-
laden Arbeiten werden billig ausge-
führt.

H. Zaschenbrecher,

Glandorfstraße 86.

Geschiedtsverkehr
und
Geschiedtsfragen.

Von Dr. E. Gebert.

Preis 20 Pf.

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die

Sachverständige des Lüb. Volksboten.

Johannisstraße 46.

vorsteher S. O. B. Köhrelt. 11. Fischer S. R. Sandorf
Schachter J. F. L. Freiheit. 12. Hausdiener W. L. K. A.
Butt. Arbeiter G. F. Kuhau. 13. Maler H. G. F. Werner
Schachter K. W. H. F. Heidolph. 14. Kellner F. C.
G. Kuhl. Fischer J. C. H. R. Carl. 15. Bauarbeiter
A. Klautat. Schmid J. A. W. Baars. Maurer F. L. C.
Eiser. 16. Arbeiter F. C. R. P. Steffen. Arbeiter C. O.
Kipf. Arbeiter W. G. C. Gedauer.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

6. Februar: Bäcker L. Kröger. 7. Terrazzoleger F. Kra-
wisch. Kutscher H. J. H. Oldenburg. 8. Kaufmann F. J. P.
Kornfeld. Schweizer A. W. Wyman (Jorpen). 9. Arbeiter H.
F. W. Dicker. Lokomotivbetrieber C. G. F. Wulf. 11. Butter-
händler W. Krahn. Steindrucker F. O. R. L. M. Rehn.
12. Arbeiter G. A. B. Gruhn. Bureaugehilfe F. W. M.
Kleinath. Bäckler W. J. H. C. Sünnenwald. Schlosser B.
F. F. Inze. 14. Arbeiter W. H. H. Möller. Geschäft-
reisender P. L. F. J. F. Nehls. Maurerpolier C. H. P. Meh-
nert. 15. Maurer F. C. R. Melcher. Arbeiter H. D. Kury.
Schachter O. R. Müller. Geschäftsfreiber C. H. W.
Friedrichs. Schmid P. C. A. Reimer. 17. Metzger W. J. H.
Dörwald. 18. Heizer C. M. C. Stormer.

Angekündigte Angebote.

18. Februar. Eischlermeister F. Krumpholz und A. F.
E. Meyer in Lauenburg a. E. Arbeiter W. L. R. Elwert
und S. H. F. Balt. Arbeiter C. A. G. Drews und C.
A. Beckmann. Schiffsbauer C. F. M. Braatz in Neu-
mühlen-Dietrichsdorf und A. P. D. F. L. Schröder. Wäscher
A. H. F. Hasenbalg und M. A. C. S. Haase. 14. Kauf-
mann H. H. Urban und E. C. D. F. Deile in Brälistorf.
Maurer F. C. F. Böttcher und A. M. D. Brunis in Sie-
benfelde. Landwirtschaftlicher Rechnungsbeamter H. Tost-
mann und C. D. C. E. Jaschensbrecher. Anstreicher G. L.
H. Graaße und die Witwe D. C. C. Schönig geb. Uter-
möhle. 15. Schweizer F. A. Wildenhain in Ober-Steenrade
und die geschiedene F. C. Stieper geb. Behrens. Arzt Dr.
med. G. A. Sauer in Wittenberge und A. Thiel. Schmied
H. W. F. Baum und A. S. M. Vermehren. Arbeiter
F. F. F. Th. Höller und M. A. F. Lorenz. Versicherungs-
Oberinspektor W. L. A. Kusch und H. A. Kussin in Berlin.
Arbeiter H. W. R. Gehke in Giebelde und A. M. H. O. O. L. O. L.
in Schlosshütten. 16. Schaffner F. G. F. Schönbeck und G.
A. M. Peter in Duvensee. 17. Schlosser A. W. F. Hey in
Hamburg und C. A. C. Mey. Gutshauptmann C. A. W. Mat-
thiesen in Sprengershof und die geschiedene E. M. Espen-
geb. Scheffler. Kellner C. R. F. H. B. Biefeldt und F. C.
M. Schilt in Kassel. 18. Maurergeselle H. G. W. Koop und
A. Luppel beide in Hamburg. Ingenieur W. R. H.
Pössel und C. A. A. Krome in Magdeburg.

Geschäftsführungen.

14. Februar. Bureaugehilfe F. W. C. Markmann und
S. M. C. Gercken. 18. Arbeiter F. H. Hinrichs und die
geschiedene M. D. H. Wisswater geb. Harm.

Sterbefälle.

11. Februar. A. F. H. Bick, 7 J. 12. M. M. geb.
Macack. Witwe des Marmers H. F. Friedriksen, 70 J.
(Trem.) Mechanikerlehrling C. A. Werner, 19 J. Ver-
sicherungs-Inspektor C. F. W. Wiel, 62 J. W. C. A. geb.
Siegmund, Ehefrau des Hauszimmersmannes F. H. Olden-
burg, 60 J. F. A. A. Sieg, 3 J. 13. Arbeiter F. H. Wilms,
48 J. M. M. geb. Utzen, Witwe des Arbeiters F. H. L.
Stollbaum, 86 J. Schneider W. F. C. Schmidt, 64 J. C.
C. Ferdinandsen, 11 J. Ein togeb. Mädchen, B. Schmidt
W. M. F. Ramkatz, H. A. Radke, 17 T. A. C. E. Blüm.
1. F. A. geb. Brinkmann. Ehefrau des Arbeiters F.
Schnecker, 37 J. (Behlendorf). Schlosser F. H. C.
Saggau, 40 J. Arbeiter H. H. Blehn, 48 J. 14. M. S.
C. geb. Kelling. Witwe des Weichenstellers F. H. Tretow,
86 J. F. L. Kippe, 5 J. 15. W. L. M. geb. Struck.
Chefarzt des Arbeiters H. F. H. Bohnsack, 32 J. M. L. M.
Rötig, 3. M. Handelsmann F. C. Rehlaß, 83 J. C. M.
F. geb. Hildebrand. Witwe des Privatmannes F. H. H. H. H.
Jahre. Arbeiter F. H. Witschmann, 68 J. H. D. S. Wöhler,
9 M. Schuhmacher F. David, 75 J. C. Müller, 1/2 Std.
16. M. C. geb. Ternes. Chefarzt des Arbeiters H. C. H.
Dose, 64 J. Ein togeb. Mädchen, B.: Arbeiter F. H. H.
Stau (Falkenhusen). Arbeiter F. H. Kähler, 83 J. Kauf-
mann P. F. A. Melstorff, 52 J. 17. Privatmann A. M.
H. Trost, 79 J. Ein togeb. Knabe, B.: Seemaschinist C.
Klemmeyer. Gärtnereiarbeiter F. J. C. Baar, 79 J. 18. A.
F. W. Kempke, 7 M.

Verantwortlich für die Rubrik „Völker und Nachbargemeinde“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

finden durch den „Lübecker Volks-
boten“ in den Kreisen des werk-
tätigen Volkes weite Verbreitung
und größte Beachtung. Wer
auf Erfolg rechnet, inseriere im
„Lübecker Volksboten“.

Inserate

Eine schottische Karre

zu verkaufen. Animir. 12. zu verkaufen. Glodengießerei 582

1 Bettstelle m. Sprungfedern.

zu verkaufen. Glodengießerei 582

1 Schraubstock

zu kaufen gesucht. Angab. m. Preis-
angebot unt. S. 92 an die Exp. d. Bl.

Ein Arbeiter-Haus mit Stall
und Gartenland zu verkaufen.

J. Schomann-Moisling,
Kürze Reihe.

1 Frühjahrspaleto u. Vertika
echt Nussbaum, zu verkaufen.

Friedensstraße 89. 1.

Einige Meter Kautz-n. Knüppel-
holz zu verkaufen.

Heinrichstraße 3.

Alle im Tapizierwaren-
laden Arbeiten werden billig ausge-
führt.

H. Zaschenbrecher,

Glandorfstraße 86.

Geschiedtsverkehr
und
Geschiedtsfragen.

Von Dr. E. Gebert.

Preis 20 Pf.

Preis 20 Pf.

Z

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

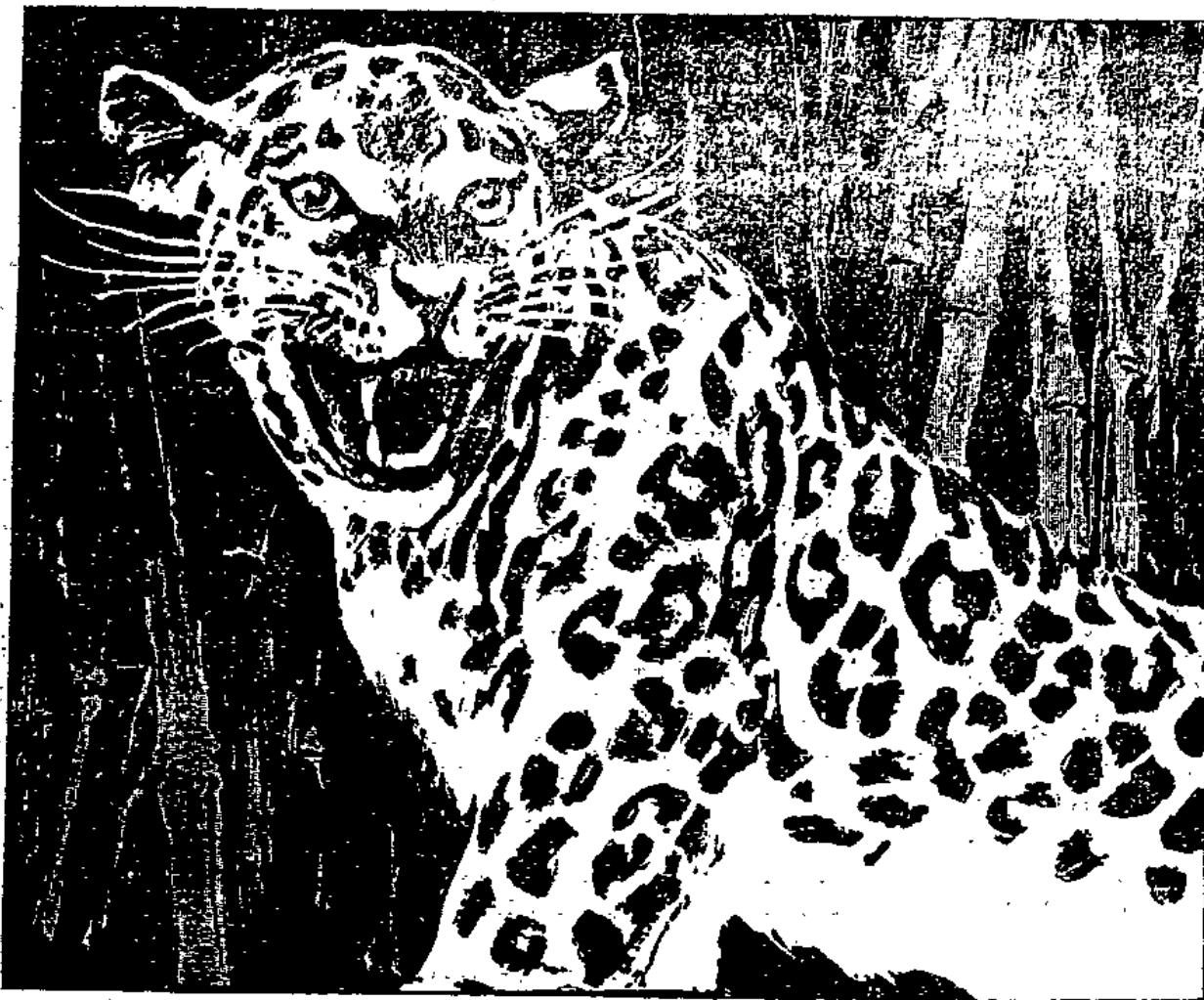
pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten von wöchentlich 25 Pf. zu bezahlen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen



„Ein Volksbuch im besten Sinne“

ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse und Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant und spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

60000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbeck

der bloße Name — wer kennt ihn nicht — läßt vor den Augen die seltsam anziehenden Bilder erscheinen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierherren der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdresur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilde Tiere in friedlichstem Vereinander zusammenhaufen läßt. Auf den ersten Blick wird es uns daher klar, daß die vorliegenden Aufzeichnungen Carl Hagenbecks die interessanteste Veröffentlichung bilden, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe eindrücklicher und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen, — das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthauses begründet hat und enthält eine solche Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung, daß es als ein Vorbild von ungähnbarem Werte in den Besitz des ganzen deutschen Volkes übergehen muß.

Auch für die reise Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt. Den beeindruckenden Zauber, den Robinsons Erzählungen auf jedes jugendliche Herz ausüben, findet man hier wieder, und da alles auf dem Boden der Tatsachen steht, ist Hagenbecks Werk den Phantasien sogenannter „Reiseschriftsteller“ um vieles vorzuziehen.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgebrachten Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Carl Hagenbeck ist auch der Träger absolut nener und vielversprechender Zuchtgedanken, aus denen unsere Landwirtschaft noch ungeahnte Vorteile schöpfen wird.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit, Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten und senden Sie nebenstehenden Bestellschein ausgefüllt an unsere Expedition.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstr. 46.

Gefl. ausfüllen	Bestellschein	und einsenden
In die Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstraße 46.		
Unterzeichnete ... bestellt hierdurch		
Carl Hagenbeck. Von Tieren und Menschen		
Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = zw. 5.25 nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung anzuhören.		
Name und Stand: _____		
Sorgf. Adresse: _____		

Abreisen auf bewahrt u. nachgesandt werden
Gegenstände aller Art, o.s.: Möbel,
Koffer u. im Lagerhaus und
Speditionsgeschäft Fischerstr. 52.

Bienenhonig

aus einer der ersten Bienenzüchterien
Deutschlands, lose ausgewogen

per Pfund 1.— Mif.
empfiehlt

Joh. Böttcher, Reiferstr. 43.

Kopf u. Bein p. Bio. 25-
Stückchen " " 30-
M. Lahritz, Böttcherstr. 16.

Speditionsarbeiter!

Versammlung

Mittwoch, 22. Februar

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Zuges. Ordnung:

Abschluß eines neuen Arbeits-

jahrs.

Delegaten, erjoezt zahlreich.

Der Vorstand.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt

J.H. Stooß, Engelsgrube.

Achtung!
Deutscher

Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Februar

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Verleihung eines Regulatius für

das Zweigvereinsgebiet Lübeck.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erjoeht

Der Vorstand.

Der Vorstand.